

Die „Wolksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubühne 2/4, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, bei uns Haus 2.50, wo keine Post am Ort, 2.75. 3.34.

Wolksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher: Hermann Scheller, Verlags- und Druckereibesitzer, Neue Graubühne 2/4, Breslau. Druck: Hermann Scheller, Neue Graubühne 2/4, Breslau.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 212.

Breslau, Sonnabend, den 10. September 1910.

21. Jahrgang.

Agrarischer Boykott.

Wer terrorisiert?

Wenn den Agrarern Material über den Boykott oder Boykottandrohungen unterbreitet wird, stellen sie sich tot. Wiederholt haben wir atomarisches Material in ganzen Reihen aufmarschieren lassen — die agrarische Presse fragte nummndreißig und gottesfürchtig immer wieder: „Der Bund der Landwirte hätte gebotet? Wen? Wann? Und Wo?“ Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ aber bringt es nicht nur fertig, das überreiche Material einfach zu ignorieren, sie beantwortet es sogar mit einer neuen Auforderung zum Boykott:

„Der Hansabund wird es noch so weit bringen, daß jeder Landwirt jetzt wirklich anfangen soll, sich zu fragen, ob er so dumm sein soll, seine Erzeugnisse zu solchen Forderungen zu tragen, die ihn zu ruinieren, den Bund der Landwirte mit Hilfe des Hansabundes zu erwürgen. Und wenn der bis dahin arglose Landmann also ansetzt, ist und die hansabundlerische Forderung nicht abweist, — dann hat das mit seinem Drohen der Hansabund getan!“

Auf diese Provokation hin hat sich nunmehr auch der Hansabund entschlossen, mit einem Teil seines Materials an die Öffentlichkeit zu treten. Seine „Mitteilungen“ bringen in ihrer neuesten Nummer folgende Auslese, die namentlich dem Pastor Mischke-Wall und der „Schles. Zig.“ zum Studium empfohlen werden kann:

Ein Mitglied des Bundes der Landwirte, ein Domänenpächter in der Nähe von Fürstenberg an der Oder, hat die Bauern seines Ortes aufgefordert, bei den Mitglidern des Hansabundes in Fürstenberg nichts mehr zu kaufen. Auch hat die Ortsgruppe Fürstenberg des Hansabundes den Ortsgruppenleiter schriftlich und mündlich zur Rede gestellt und durch die Anwesenheit bewirkt, daß dieser „Seine Zog“ und den Boykott anzustellen versprach. Ersterer liegt schon ein Fall im Bereich der Ortsgruppe Oderberg-Wall. Ein dortiger Händler in Getreide- und Futtermitteln, der Mitglied des Hansabundes ist, wurde

von einem Großgrundbesitzer

„Als dem Verwandtenkreise des Vorstehenden der Angermünder Gruppe des Bundes der Landwirte boykottiert mit folgender Begründung: Wir sind uns schlüssig geworden, daß wir gegen die Herren vom Hansabund Stellung nehmen. Die Herren Kaufleute von Angermünde werden sich nach und nach zum Boykott gegen das Hansabundmitglied stellen und schließlich durchsetzen werden. Dieses stand seit Jahren mit eben jenem Großgrundbesitzer im Geschäftsverkehr. — In einem Hause in Medienburg wurde ein Zimmermann, der Mitglied des Hansabundes war, von Mitgliedern des Bundes der Landwirte auf dem Bahnhof angehalten und ihm klar gemacht, daß ihm die Arbeiten entzogen werden würden, wenn er Mitglied des Hansabundes bliebe. Der Mann hat sich darauf zum Austritt genötigt gesehen, weil er große Grundbesitzer hat. — In Salzwechel (der Domäne des Landwirts v. Röcher) liegt der Fall deshalb besonders im Vordergrund, weil das hier in Betracht kommende Mitglied des Bundes der Landwirte noch dazu

Amtsvorsteher

„An sich entbehrt dieser Fall nicht eines gewissen Humors: Lange, ehe der Hansabund begründet wurde, kam ein Unternehmer auf die Idee, in Salzwechel ein neues Restaurant mit dem Namen der „Hansa-Haus“ zu schließen. Als nun der Hansabund gegründet war und auch in Salzwechel festen Fuß gefaßt hatte, erklärte der betreffende Adressat und Amtsvorsteher, daß er in dem Hause mit dem unheimlichen Namen nicht mehr verkehren würde, und die Seitigen müssen ihm nachgefolgt sein. Dem Wirt des „Hansa-Haus“ sah sich zu einem Inzerat genötigt, in dem er erklärte, daß das „Hansa-Haus“ mit dem Hansabund nichts das geringste zu tun habe. Uebrigens ist das Zeichen dieses lächerlichen Gewalthabers schon von langer Hand her nicht ganz harmlos. Während der Wahlen zum preussischen Landtag hat er es fertig gebracht, seinem Salzwecheler Wähler die Kandidatur anzubieten, falls dieser Liberal wähle, und seinem Salzwecheler Schmiedemeister gegenüber, der sich als liberaler Wahlmann hatte aufstellen lassen, hat er es durch die Forderung, ihm die Arbeiten zu entziehen, dahin gebracht, daß dieser ihm die schriftliche Versicherung geben mußte, er habe seine Wahlmännerversicherung niedergelegt. Eine Beschreibung des interessanten Dokumentes ist vorhanden.“

Uebersicht scheint der agrarische Terror in diesem Wahlkreise Triumphe zu feiern. So haben in der Umgegend von Salzwechel einige heilige Dörfer die Mitglieder des Hansabundes mit Loth bedroht, ja sogar Firmen, deren Inhaber gar nicht einmal Mitglieder des Hansabundes sind oder waren, sondern nur Verwandte von ihnen. Beispielweise hat ein Mitglied des Bundes der Landwirte aus dem benachbarten Orte Grotzow einer Gardelegener Maschinenfirma gegenüber und außerdem noch öffentlich in zwei Wirtschaften erklärt: Er habe bei der Firma eine Nähmaschine bestellen wollen. Aber weil der Bruder des Inhabers Mitglied des Hansabundes sei, habe er die Maschine wo anders gekauft. Einem anderen Mitgliede des Hansabundes, einem Sandwerker, der wegen einer Arbeit seinen Vorgesetzten in G. bei Gardelegen aufsuchte, passierte folgendes: Der Landmann lud den Meister zum Plänezeichnen ein und nahm ihn zunächst ins Gebet, ob er auch nicht Mitglied des Hansabundes sei. Der Meister, der merkte, um was es sich handelte, wollte sich aus. Darauf erklärte der blinde Landmann wörtlich: „Das will ich Dir man sagen — wenn du meinst, die in n Hansabund in, wie alle, die ganze Bund der Landwirte, — wie wollen nicht bei denen leben, die in n Hansabund sind, un wie verhalten soll nicht an die!“ Unter der Wirkung dieser Drohung erklärte der Sandwerker seinen Austritt aus dem Hansabund. Das natürlich auch andere nicht minder interessante Beispiele — außer dem der Furcht vor dem proklamierten agrarischen Boykott das eine oder das andere Mitglied des Hansabundes zum Austritt veranlassen, zeigt ein weiterer Fall eines Jahresmitglieds in Gardelegen, der neben seiner Abhängigkeit von der Landbesitzer als Austrittsgrund angab, dass v. R. habe ihm versprochen, gegen das in Vorbereitung befindliche Kurpfuschergesetz zu stimmen. Als geradezu

„Boykottversucht“

kann die Legende von Neuhaldensleben gelten. Wie's gemacht wird, zeigen folgende Einzelfälle: Bei einem Händler mit Wirtschaftsgütern erschienen zwei Großgrundbesitzer, verlangten den Inhaber zu sprechen und fragten ihn, ob er im Hansabund sei. Erst als der Händler versicherte, er sei nicht Mitglied, erklärten sie: „Na, denn ist's gut — da werden wir unsere Frauen holen.“ Sprachen's, verschwanden, lehrten mit den dreuen wartenden Frauen zurück und kauften zur Belohnung für mehr denn 100 Mark Waren. In einem zweiten Falle handelt es sich um ein Hansabundmitglied, das mit Drogen und Delikatessen handelt und dessen Kundenschaft zu mehr als zwei Dritteln des Umsatzes Landwirtsch. ist. Der Kaufmann merkte, nachdem sein Name gelegentlich eines Zeitungsberichtes über eine Sitzung der Ortsgruppe des Hansabundes genannt worden war, daß die Landwirtsch. ihn boykottiert hatte. Er sah sich die Dinge kurze Zeit mit an; dann schickte er sich mit einem seiner händlerischen Kunden in Verbindung, um ihn wegen des Ausbleibens seiner Bestellungen zu befragen, und erhielt zur Antwort, daß man ihn wegen seiner jetzigen Zugehörigkeit zum Hansabund boykottiert habe. Daraus erklärte er sofort seinen Austritt aus dem Hansabund, stellte die Tatsache den Boykottierten mit und erreichte auch, daß der Boykott wieder aufgehoben wurde. Da der Mann kränzlich veranlagt ist, so hat ihn die drohende gesellschaftliche Gefahr und deren Abwendung berätlich aufgereizt und mitgenommen, daß er an seiner Gesundheit Schaden erlitten hat. — In einem dritten Falle in Neuhaldensleben, der einen Fleischer betrifft, haben blühende Bauern wegen der Zugehörigkeit des Fleisches zum Hansabund den Verkauf von Schlachtkühen an ihn verweigert, und einer der ungeschicktesten hat gedroht, wenn der Fleischer ihm käme, würde er ihn vom Hofe herunterlagern. — Der vierte Fall betrifft ein großes Detailgeschäft in Neuhaldensleben, das als Firma Mitglied des Hansabundes abgeworfen war, außerdem hatte der eine Inhaber persönlich die Mitgliedschaft erworben. Hier liegen es die Agrarier „von hinten herum“ an. Durch einen der ihrigen, einen

Großgrundbesitzer

der in geschäftlichen Beziehungen zu einer dortigen Bankleiderstellung stand, erstelt der eine der beiden Bankdirektoren die Aufgabe, festzustellen, wie das Verhältnis der Firma und deren Inhaber zum Hansabund sei, um über etwaigen Mißbrauch der Geschäftsbeziehungen entscheiden zu können. Daraufhin warnte der Bankdirektor die betreffende Firma, die auch nichts eiligeres zu tun hatte, als insolge des ihr drohenden Boykotts für sich und ihren Inhaber den Austritt zu erklären, nicht ohne schon vorher dem Bankdirektor erklärt zu haben, er solle ja von vornherein erklären, die Firma sei nicht Mitglied des Hansabundes. In einem fünften Falle in Neuhaldensleben hat ein Mitglied des Hansabundes, ein Augustinermönch, dringend um Geheimhaltung der Mitgliedschaft, da die Mitgliedschaft des Hansabundes vom dem Bundes der Landwirte boykottiert werden sollte. — In einem sechsten Falle in Neuhaldensleben hatte ein Essen von Reservemilitären stattgefunden, zu dem viele ländliche Teilnehmer erschienen waren. Zwei von ihnen schlossen dem Essen eine nächtliche Sektreise an und landeten am anderen Vormittag in einem bei Neuhaldensleben gelegenen Ausflugslokale. Ehe sie bestellten, besahen sie immerhin, trotz der durchdrachten Nacht, noch agrarischen Zustimm genug, um den Wirt durch die Frage zu brüskieren, er sei doch nicht etwa Mitglied des Hansabundes? Der Wirt vernahm wahrheitsgemäß, worauf prompt die Antwort erfolgte: „Somit können wir auch bei Ihnen nichts verzeihen! Na, da bringen Sie mal ein paar Pullen Sekt!“

Damit sind aber noch längst nicht alle Boykottfälle in Neuhaldensleben aufzählt. Doch genügen diese Proben, um das geradezu epidemische Auftreten des agrarischen Boykotts zu charakterisieren. Es sei hier hinzugefügt, daß ein bekannter Domänenpächter aus der Provinz Posen erklärt hat, es sei auf der Landwirtschaftlichen Woche in Gumburg, der er selbst beigewohnt habe, beschlossen worden, die Hansabundmitglieder zu boykottieren. Diese Art des Bundes der Landwirte muß ja geradezu zu einem Ueberlaufen zu den staatsgemessenen Parteien führen. Mögen diese Stichproben zunächst genügen — Fortsetzung folgt!

Im Anschluß daran richtet der Hansabund „an die Staatsregierung und an die Volksvertretungen“ die Frage: wie lange sie noch einem solchen gemeingefährlichen Treiben ruhig zusehen wollen? Diese Frage hätte, so meint das „B. L.“ dazu, der Hansabund sich lieber schenken sollen. Insbesondere der Appell an die Staatsregierung ist doch völlig bespöcklich. Daß sich das Bürgerium im Kampfe gegen den agrarischen Terrorismus nur auf Selbsthilfe verlassen darf, sollten nachgerade auch die ängstlichen Gemüter begriffen haben. Selbst ist der Mann! „Fortsetzung folgt!“ Das ist die richtige Taktik. Dann wird der Umschwung in den Volksvertretungen, zunächst in der wichtigsten, im Reichstage, zu seiner Zeit schon kommen.

Für uns Sozialdemokraten ist diese Auslese besonders interessant. Wir sind neugierig, wer nun zuerst wieder die Dreifigkeit besitzen wird, uns den „Terrorismus“ als Verbrecher anzukreiden.

Politische Ueberflucht.

Ein Kampf ums Recht oder: ostelbische Verwaltungsproxis.

Ein politischer Proxi, der in die ostelbische Verwaltungsproxis einen tiefen Blick tun lassen wird, wird im nächsten Monat vor dem königlichen Landgericht zu Greifswald stattfinden. Es handelt sich um die Hauptverhandlung gegen den liberalen Rittergutsbesitzer Becker-Bartmannshagen, der auf Grund einer Strafanzeige des Grimmer Landrats, des Grimmer Kreisaußschusses, des Regierungspräsidenten zu Stralsund und des Ministers des Innern wegen Verleumdung des Landrats Freiherrn v. Malgahn, Grimmen und des Grimmer Kreisaußschusses angeklagt ist.

Die Hauptverhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Es handelt sich dabei um einen Rechtskampf, den der Angeklagte seit zehn Jahren gegen die Kreisverwaltung führt und dessen Anfangs punkte bis in die

Zeit, als der ehemalige Landrat Osterloh an der Spitze des Grimmer Kreises stand. Becker war, als Gutsvorsteher seines Rittergutes, der erste ehrenamtliche Kommunalbeamte im Kreise Grimmen, gegen den der frühere Regierungspräsident Scheller das Disziplinargesetz in Anspruch nahm, das bekanntlich nach und nach gegen alle ehrenamtlichen Kommunalbeamten im Kreise Grimmen gehandhabt wurde, die öffentlich für die Wahl des Reichstagesabgeordneten Gotschke in Breslau eintraten. Im Falle Becker kam es dazu, daß während einer Reihe von Jahren der in Grimmen wohnende Privatsekretär des Grimmer Landrats auf Kosten des Gutsbezirks Bartmannshagen gegen ein monatliches Entgelt von 40 Mk. die Gutsvorstehergeschäfte in Vertretung wahrnahm.

Gegen diesen Zustand hat der Geschädigte sich fortgesetzt gewehrt. Bei seiner Abwehr beantragte er wegen eines gewissen Vorgehens des Grimmer Landrats dessen Verstrafung wegen Mißgunst und Mißbrauch der Amtsgewalt und verklagte ihn im Verwaltungsverfahren bei dem Bezirksauschuß zu Stralsund. Der Strafantrag Beckers wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Fene an den Bezirksauschuß gerichtete Klagechrift bildet die hauptsächlichliche Grundlage für das Strafverfahren (1), das nunmehr endlich vor einem ordentlichen Gericht zum Austrag kommen wird.

Ein kolossaler Zentrumschwindel antlich gebrandmarkt.

Wenn dem Zentrum ob seiner volksovertäterischen politischen Taten das Feuer auf den Nägeln brennt, erfindet es flugs einen kleinen Kulturkampf und erklärt die „Religion in Seife“, damit die katholischen Gläubigen ihre Aufmerksamkeit nicht zu sehr auf die weltliche Tätigkeit ihrer Ervählten richten. In einer solchen Situation befindet sich bekanntlich die Zentrumsparthei seit der letzten Reichsfinanzreform und verschiedenen Vorgängen in den Parlamenten der Einzelstaaten. Seit dieser Zeit ist auch wieder die Religion in höchster Gefahr. Besonders in Bayern entfaltet die schwarze Presse eine ungeheure religiöse Hege, die größten Schwindelgeschichten werden aus den Fingern gezogen und weithin verbreitet. So ging in der Pfingstwoche von Nürnberg aus ein ganz unglücklicher Schwindel aus, der gesamte katholische Presse Deutschlands und des Auslandes. In den Pfingsttagen hatte in Nürnberg das Bundesfest des Bayerischen Arbeitersängerbundes stattgefunden, womit am zweiten Feiertag ein historischer Festzug verbunden war, der allgemein als künstlerisch gelungen anerkannt wurde. Er stellte Altertum, Mittelalter und Neuzeit in historischen Gruppen dar. Einige Gruppen sollten mittelalterliches Straßenleben illustrieren; unter den zahlreichen Figuren dieser Gruppe waren auch einige katholische und protestantische Geistliche in ihrer Amtskleidung zu sehen. Gegen die drei Darsteller der katholischen Geistlichkeit erschienen nun am anderen und den folgenden Tagen in der Zentrumspresse wuchtigausübende Geheartikel, worin der Staatsanwalt aufgerufen und behauptet wurde,

„die bezeichneten drei Geheften hatten mit einer roten Jakobinermütze auf dem Kopf ihre katholischen Mitbürger in der gemeinsamen Weise verhöhnen dürfen. Dieselben äfften während des Zuges den priesterlichen Segen und das Kreuzzeichen nach, streckten dabei die Zunge heraus und machten lächerliche Bewegungen. Sie „seineten“ Zuckersüßchen und verteilten sie an Kinder; dabei leistete sich einer dieser Burschen den Satz: „Der Kinder, habt Ihr die heiligsten Hostien, eure Pfarrer geben Euch so nichts Gefährliches. Einer der drei segnete einen gefüllten Maßkrug; an mehreren Stellen riefen sie: Geld her, und alle Sünden sollen Euch vergeben sein. Sie äfften die Firmung nach, indem sie der Kinder Backensüßchen gaben“ usw.

Diese Artikel gingen auch an die Staatsanwaltschaft und an das Ministerium, und es wurde eine strenge Untersuchung angeordnet, die jetzt abgeschlossen ist und deren Ergebnis am Mittwoch in der Sitzung des Polizeipräsidiums Nürnberg bekannt gegeben wurde. Das Resultat ist Null! Die ganze Geschichte ist ein grandioser Schwindel. Von den 24 Zeugen, die die Denunzianten selbst namhaft gemacht hatten, konnte kein einziger den Angeklagten auch nur das Geringste zur Last legen. Sie haben lediglich die ihnen zugewiesene historische Rolle ausgefüllt, keine Spur von den angeblich religiöskränkerischen Handlungen und Reden, die ihnen zur Last gelegt wurden.

Nachdem das Sägengebäude so schmachlich zusammengebrochen war und sich keinzuviel Handhabe ergeben hätte, um die Uebelthäter auf den Scheiterhaufen zu bringen, sah sich das ebenfalls zum Schutz der Religion aufgeforderte Ministerium veranlaßt, den jämmerlich blamierten Denunzianten ein Pfänderschen auf die schmerzliche Wunde zu legen und dem Nürnberger Magistrat einige väterliche Ermahnungen zu geben in einer Entschuldig, worin es heißt, es erscheine begrifflich, daß der Gebrauch geistlicher Kleidungsstücke bei einer öffentlichen und weltlichen Festlichkeit bei einem Teile der Zuschauer Bedenken und Vergernis erregt habe. Die Polizeibehörde hätte durch geeignete Verfügung vor Beginn des Festzuges ev. durch Intervention bei seiner Durchführung die Teilnahme von Personen in kirchlichen Gewändern verhindern können. Dann erklärte der Magistrat, er habe gar nicht gemerkt, daß beim Festzug Geistliche in Betracht kämen, ein Entschuldig während des Festzuges hätte Bedenken

gehabt, da man nicht wisse, wie bei solch großen Menschenmengen derartige Ereignisse ausgenommen werden und ein Eingriff oft schlimmeres mit sich bringt, als wenn einzelne Personen an irgend etwas Mergelnis nehmen. Ob nun die beulische Zentrumsprelle mit derselben Elle, mit der sie die Separatisten verbreitete, auch von der Entlarvung des Schwindels Nally nehmen wird? Im — wie ist das, verehrte Kollegin in der Nummerel.

Der Termin der nächsten Reichstagswahlen. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung erfahren will, ist als Termin für die nächsten Reichstagswahlen die zweite Hälfte des November 1911 in Aussicht genommen. Ob sich diese Nachricht bestätigt, muß allerdings noch abgewartet werden, jedenfalls erscheint es sehr zweifelhaft, daß man schon jetzt, ohne zu wissen, wie die Reichstagsarbeiten verlaufen, einen Wahltermin fest ins Auge gefaßt hat.

Preussische Madellische. Die „Hilfe“ schreibt: Ausländischen Sozialistenführern, darunter auch Kaurds, ist von Regierungspräsidenten in Frankfurt a. M. verboten worden, dort in ihrer Muttersprache Vorträge vor den Arbeitermassen zu halten. Gegenüber Herrn Kaurds bedeutet dies immerhin einen „Fortschritt“. Vor vier Jahren durfte er — es war dies ein bedauerliches Stückchen Nilows — überhaupt nicht reden. Behmann-Vollwegs Regiment ist konstantier. Es will nicht, daß den deutschen Arbeitern das sozialistische „Gist“ in der ihnen fremden französischen Sprache beigebracht und ihnen dann erst ins Deutsche mündlich übertragen wird, sondern das besagte Gist soll unmittelbar auf die Zuhörer wirken können in der Sprache, die ihnen selbst geläufig ist. Mehr Gegenmaßnahmen kann man nicht verlangen! — Ernst gesprochen liegt hier wieder eine jener bureaukratischen Unbegreiflichkeiten vor, die nur böses Blut schaffen, ohne daß die Verwaltung auch nur im geringsten ihr Ziel erreicht, die Verhinderung der Ansprachen jener Ausländer. Denn die Herren, die die deutsche Sprache beherrschen, werden nunmehr deutsch sprechen, die anderen werden ihre Ansprachen in fauler Schrift aufschreiben und sofort von einem Kundigen überlesen lassen. Der Effekt ist derselbe. Die preussische Regierung erreicht nichts anderes als Erbitterung im Inlande, ironisches Schmunzeln im Auslande. Was aber bleibt das feierliche Versprechen vom Ministertische, daß das Reichsvereinsgesetz loyal und nicht kleinlich ausgelegt werden solle?

Konservative Wahlstudien.

Das Wahlgeheimnis ist den Konservativen ein Dorn im Auge, wo es eingeführt werden soll, bekämpfen sie es so lange als möglich; wo es besteht, suchen sie es zu durchbrechen und zu umgehen. In ihrer neuesten Nummer gibt nun die „Preussische Zeitung“ ihren Lesern interessante Mitteilungen in der Kunst, trotz Wahlgeheimnis mit einiger Wahrscheinlichkeit festzustellen, wie die einzelnen Wähler gestimmt haben. Nach den Mitteilungen des genannten Blattes sind schon bei den letzten allgemeinen Wahlen von konservativer Seite Versuche in dieser Kunst gemacht worden, bei denen ein Spürsinn entwickelt wurde, bei einem Sperrtag Solmes Ehre machen würde. Wähler, die gleich in den ersten Tagen die Wählerlisten kontrollierten, wurden ohne weiteres der Sozialdemokratie zugerechnet, weil es fahrgemäß nur die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Arbeiter ein derartiges Interesse an der Wahl nehmen (womit dem Staatsbürgerlichen Sinn der sozialdemokratischen Arbeiter wider Willen ein wahrhaft glänzendes Zeugnis ausgestellt wird). Beim Wahlakt selbst wurden diejenigen Arbeiter der Sozialdemokratie zugerechnet, die sich orientiert zeigten und geradeaus zur Wahlzelle schritten. (Wissend dessen dämlicher sich ein Wähler benimmt, desto sicherer wird er den „Schwartzhaltenen“ zugerechnet.) Auch die „Mittler“ mit dem konservativen Teufelsbündel in vielen Fällen richtig erkannt haben, und zwar daran, daß sie mit der Augen der sozialdemokratischen Kontrollierer suchten, oder seinen Lächeln streiften. Der glückliche Augenblick, zu erfahren, wie die einzelnen Wähler gestimmt haben, sei aber

der der Bekanntgabe des Wahlergebnisses, denn in der allgemeinen Aufregung seien Sieger und Besiegte an ihrer Haltung sofort von einander so unterschieden. Bei Benutzung einiger Stichwörter können sie feststellen gewesen, für welche Partei sich die Strahlenbündel entschieden hätten.

Die Tapferkeit im Kriege gegen den „inneren Feind“. In der Tatsache, daß auch eine Reihe von Frankfurter Polizeibeamten, die bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen recht brutal gegen das Volk vorgegangen sind, mit Orden bedacht wurden, schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Eine Anzahl von hiesigen Polizeibeamten wurde mit Orden bedacht. Ihre Namen wurden bei den Vorkäufen der Wahlrechtsdemonstrationen bekannt. Man darf also wohl in diesem Falle von Auszeichnungen wegen mutigen Verhaltens vor dem Feinde, nämlich dem inneren Feinde, sprechen.“

Was sagen Sie ja auch demonstrativ beforworteten Herren Koll und Simionoff dazu?

Ein Gulenburgskandal in Ostafrika? Der Redakteur der „Deutschafrikanischen Zeitung“ van Ruy wurde wegen Beamtenbeleidigung in vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht hat, in welchem der Satz vorlaut:

„Kreuer könnte ein Gulenburgskandal in Dar-es-Salaam unheimlich seine Stelle geben.“

Diese Verurteilung ist auf höhere Beamte des Gouvernements bezogen worden! Der Anklage hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, er will den Beweis der Wahrheit für den erwähnten Satz erbringen, bestreitet aber, daß er an die gegenwärtig in der Kolonie tätigen höheren Beamten gedacht habe.

Woh ein Opfer der Rüstungserhöhung. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich in Konstantinopel der Tagelöhner Paul Köhler zu verantworten. Er hatte eine Vorladung zum Steueramt erhalten, dabei ist ihm der Gehaltsantrag an die Rüstungserhöhung des Kaisers durch den Kopf geschossen und er hat sich geäußert: „Dem Kaiser laugt es nicht mehr, er will mehr Geld von mir haben. Er... (folgt die angebliche Majestätsbeleidigung).“ Das Gericht hat angenommen, daß er den Ausdruck in der Erregung getan habe und hat ihm mildere Umstände ausgebildet. Er bekam die zulässige Mindeststrafe von einer Woche Gefängnis.

Gegen Wilhelm II. Geschichtskennntnisse wendet sich nun auch ein Geschichtskenner in der „Frankf. Ztg.“, der es als ganz falsch hinstellt, die Zeit des Gottergnadentums als „mittelalterlich-mystisch“ zu bezeichnen, „das Mittelalter war dazu viel zu vernünftig; die Mystik hat erst eine spätere, aufgekühlte Zeit hervorgebracht.“ Einer der besten Kenner des Mittelalters, Heriband Gregorovius, schreibt in seinem Werk: „Die Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“, Band IV (6. Auflage 1906), S. 524, folgendes: „Friedrich I... erklärte, daß er durch die Wahl der Fürsten von Gott allein die Reichsgewalt empfangen habe und lieber sterben, als sie unter die Fassen erniedrigen wolle.“ Dazu macht Gregorovius folgende Fußnote: „Die Päpste sagten, die Kaiser seien von Gottes Gnaden, die Kaiser: sie seien von Gottes Gnaden (gratia dei) durch Wahl des Reichstages. Das Gottergnadentum hatte im Mittelalter keinen mystischen Sinn, sondern bedeutete bei einem Kaiser gerade so viel wie bei einem Stadtpräsidenten.“ Die letzteren nannten sich nicht nur allein in Rom „dei gratia“. Gregorovius Band VI (4. Auflage 1893), S. 34: Graf Ludwig von Savoyen kommt 1310 nach Rom, wird Senator und bestatigt am 24. März 1911 ein Statut der Kaufleute und die Kunde beginnt: Magnificus vir, Ludovicus de Sabaudia, dei gratia Almo Urbis Sen. Band IV, S. 91: Vngari dei gratia Almo Urbis Sen. 1314: Ponceilus de St. Ursi dei gratia Almo Urbis Sen. regius in Urbe Vicarius.“ Diese Magnifici und Polizeipräsidenten wollten sich damit gewiß nicht in die mystischen Nebel eines Gottergnadentums hüllen. Im Laufe der Zeit ist dann der Gebrauch des Titels „Von Gottes Gnaden“ sehr allgemein geworden. Am 12. Jahrbundert (s. Daniel: Die Kaiserformel „Von Gottes Gnaden“ S. 21, ff.) legten sich bereits alle Reichsfürsten und selbst die mit landesherrlichen Rechten ausgestatteten Grafen, dann auch Freiberger und andere Adeliche die Formel bei. Sogar unter die Adolofanen, Richter und Schöffen war sie gekommen.“ Ebenso weiß man von einem Medicinæ doctor in Straßburg, 1500, der dies dei gratia war. Man braucht also von ihrer geschichtlichen Größe nicht viel zu halten.

Fakultative Feuerbestattung in Preußen. Die Frage der fakultativen Feuerbestattung in Preußen hat bereits einmal den Landtag beschäftigt; er sprach sich einstimmig für die Einführung aus. Wie

schon von unterrichteter Seite gemeldet wird, hat die Regierung eine entsprechende Gesetzgebung anberaubeit, der dem Abgeordnetenhaus in der nächsten Session vorgelegt wird.

Magyarischer Patriotismus. Die hayerische Militärverwaltung hat einem aus Konstantinopel bestehenden Konsortium, dem der Abg. Jany vorsteht, die Dachsenlieferung zugeordnet. Diese Dachsenlieferanten waren zugleich die Besitzer der Ungharer Militärkonfektfabrik und haben eifrig geachtet, daß der Staat für jede Bläse Konfekt 2-6 Pf. mehr bezahlte, als sie in Spandau und Mainz in den dortigen Militärkonfektfabriken zu haben kamen. Die dreuzehnten Patrioten werden sicher dem Staate auch nichts schenken. . . .

Ausland

Die türkisch-griechische Frage. Es ist darum so schwer, eine haltbare Vermutung über den Ausgang der Ungharung zu machen, weil auf beiden Seiten die verantwortlichen Politiker mit Kräften zu tun haben, die sie nicht sicher in der Hand halten. Die türkische Regierung wiederholt nun schon seit anderthalb Jahren, daß sie auf die Volkstimmung Rücksicht nehmen müsse, die eine weitere Schmälerung des Staatsgebietes, sei es auch um eine rein ideale Größe wie Kreta, nicht ertragen würde. Das ist bei den Türken auch durchaus nicht Nebensache, sondern Tatsache. Auf der anderen Seite möchten der König von Griechenland und die besonnenen politischen Elemente um ihn sehr gern Ruhe halten und abwarten, bis eine günstige Konstellation die Türken dazu bringt, in ihrem eigenen Interesse nach einer Form für die Preisgabe von Kreta zu suchen. Der König weiß aber, daß dies eine Politik ist, die er der Waise des griechischen Volks, eine Waise, die in öffentlichen Dingen aufgeregter und unruhelöser ist, als irgend eine andere europäische Nation, auf seine Weise schmachtlich machen kann, und er weiß, daß er dabei die Zukunft seiner Dynastie riskiert. Die Kräfte und die Griechen sagen sich, daß im Ernstfall die Mächte sie doch davor retten müssen, von den Türken in die Hände gefangen zu werden. Sie sagen sich weiter — und vielleicht nicht mit Unrecht —, daß die Türkei riskiert, sobald sie gegen Griechenland marschieren läßt, von Bulgarien angefallen zu werden. Diese Erwägung ist es wohl auch, aus der heraus die Türken die beiden deutschen Kriegsschiffe gefaßt haben. Die drei sogenannten Panzerkreuzer, über die Griechenland verfügt, sind ganz kleine Fahrzeuge von 4000-5000 Tonnen, 1889 und 1896 gebaut. Außerdem existiert ein Küstenpanzer von 1897 (1), ein kleiner Kreuzer von 1890 und sechs winzige torpedierte Kanonenboote von 1880 bis 1884. Hierzu gibt es allerdings drei Admirale, 12 Kapitäne auf See, 25 Fregatten- und 24 Korvettenkapitäne, aber trotz dieses Ueberflusses an Staboffizieren ist die Kriegstüchtigkeit der Flotte, wie sich schon im letzten türkisch-griechischen Kriege gezeigt hat, gleich Null. Um Griechenlands Willen brauchte die Türkei, die eine ganze Anzahl allerdinge veralteter, jedoch wieder hergestellter Kriegsschiffe besitzt, keine deutschen Panzer zu kaufen. Ganz anders dagegen ist die Bedeutung des türkischen Schiffbaus Bulgarien gegenüber. Bulgarien hat keine Flotte, sondern nur einige Torpedoboote. Es hat aber ein verhältnismäßig bedeutendes und wahrnehmbar sehr leistungsfähiges Landheer, dessen Angriffsziel bei einer Kriegserklärung ohne weiteres Konstantinopel sein wird. Demgegenüber haben die Türken gar keine bessere Parade, als wenn sie im Rücken der vorrückenden bulgarischen Armee an der Küste Bulgariens Truppen landen lassen, um den Transport und die Landung zu behindern, dazu brauchen sie Panzerkreuzer. Währenddessen können, meint die „Hilfe“ dazu, ihre älteren Fahrzeuge die Griechen, die es ja fertigbringen, ihre Torpedoboote im Kriege ausfahren zu lassen und die Jünger zu Hause zu verpflanzen, vom Meere wegzufegen.

Roosvelt als Reformpolitiker. Vorausgesetzt, daß es dem Präsidenten Ernst ist mit allen seinen großen Aufgaben, muß man annehmen, daß er Reformpläne von weittragender Bedeutung ins Auge gefaßt hat. Steht schon seine mutige Anerkennung der Gleichberechtigung der Reger in scharfem Gegensatz zu der sonst von dem weißen Vöbel aller Stände dem schwarzen Mann gestifteten entgegengebrachten Bräudlung, so hat er mit der Annahme des Antitrustgesetzes des Arbeitverbands mit Forderungen wie Achtundachtzig, Befreiung des Schweißsystems, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lebensmittel u. a. sich weiter als nimmermehr fähigen Organisator seiner Wiederwahl gezeigt. Auch sein Veranlassen zum Schutze der von kapitalistischer Verwilderung heimgeleiteten Naturgeschichte des Erdteils, das schon früher zu seinem Programm gehörte und jetzt vor dem die Frage gewidmeten Fachkongress in entscheidender Weise wiederholt wurde, geht weitlich weiter als die bisherige Anerkennung des gleichen Gehalts durch La. Während dieser die „Kontrolle“ der Wälder in den Einzelstaaten, in denen zu meist die Trunks ganz unmenschliche Herren sind, überlassen will, fordert Roosevelt gerade mit Rücksicht auf die Trunks, deren Macht sich über mehr als einen Staat erstreckt, die Regelung durch den Bund im Einvernehmen mit den übrigen amerikanischen Staaten. Dazu kommen seine überaus scharfen Angriffe gegen den „Trust“ und den höchsten Gerichtshof, dessen den Bedürf-

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Saring.)

164.
„Nun, lieber Gott“, meinte der Rärner, „dann kann der gnädige Herr auch wohl etwas langsamer reiten, bis wir über die verdammte Gränge sind.“
„Der laßt auf mich?“ sprach der Kurfürst.
„Guter Gnaden, das ist der Basso Voh und nicht stücke Vetter.“
Da senkte der Bedige die Augen und einige von den Herren auch, der Kurfürst aber schaute ernst vor sich, und dann rief er: „Naturan appellas furca, tamen usque recurrit!“
Einzel Worte hochförmlich leben, und meinen, der Rärner sprach sich irren: Der Kurfürst wollte ihm zu schweigen.
„Ja, wenn euch alle. Wir ist nicht bei uns, und die Core lobtete es, ihr lagertel auch lieber mit dem Basso, als ihr mit mir zödet.“
Der Bedige schüttelte die Hand an die Brust, und wollte sprechen: „Herr, ich...“
„Du wie die arden“, unterbrach ihn der Herr. „Du bist igt gebelert, ich will's dir glauben, und mein's es gut. Aber eure Natur ist wider euch. Wie der Jagdhund, wenn der Herr ihn nicht laßt, in den Wald läuft, so müßt ihr an die Gränge. Aber Basso, lieber Gott, mit garinem Gnad, über die Gränge und bräute es doch wahrhaftig nicht. — Stim! Ich witz alles, wie er zu die Hand, Bedige, müß hat er nie gemüßt. Aber er war ein Mann von Wit und guden Kräften. Durch Götter, durch meine Rede glaubte ich ihn besser zu ehet Durch zu bringen und Sündig, als durch Gnad und Gerecht. Doch es bräutet nichts. Die die Freiheit bringt heraus, ist bald der Herr den Rücken laßt. Nun, noch zehn Schritte, und ihr seid mich los.“
„Gnädigster Herr, es trauern viele um Euren Gnad.“
„Ich glaub's ihnen. Denn mein Bruder Albrecht kommt nach mir. Ich habe nur einen Sohn, mein Bruder Albrecht ist der Eien, Herz und Gleder. Er wird euch auch schon für sich mürden: er — und wird das nicht bringen.“
Und der Herr wollte den Rärner Gemüßt, und es Nang ließ schmeicheln, so sein Gnad hoch lobten, als er sprach: „So tu ich doch einen guten Dienst, da ich aus dem Lande ziehe, und einer oder zwei hängen es mit.“
„Gnädigster Herr, da ich die Burg verlassen hab, sehen Sie vor sich doch meine Gnad.“
„Das hab wohl Gemüßt“, sprach der Herr.
„Ich meine es nicht“, sagte der eine. „Ich hab zu kein.“
„Und ich will ein eien ein moße Gnad“, sprach

Bedige. „Auf dem andern ist's nur eingefallen. Also muß es wohl gute Christen bedeuten.“
Während sie noch darüber sprachen, sprangen munter über die Heide eiliche Ritter. Ein älterer, in statlichem Schmucke voran, und nun fünf bis sieben, die waren jünger, hinter ihm. Das Gepläse bläute sie anfangs besorgt an, und brännten sich um ihren Herren, und saßen an ihre Regengriffe. Aber der Kurfürst, der aufmerksam hingeseht, sagte: „Ich sollte den Mann kennen, und ich rief einer von Eimen: „Die sind aus Gennildendorf. Es ist der Ritter vom Gahn und seine Wäben.“
Da betratte sich der Kurfürst Gedacht auf, und als die Ritter herangekommen und der Vater mit seinen Söhnen den gnädigen Herrn ihre Ehrfurcht bezeugt als gute Valallen, schaute er sie so freudig an, wie als wären sie seine eigenen Söhne, und ließ sie sich alle den Namen nennen. Und dem ältesten, der war schon einundzwanzig Jahr und sein Vater, schüttelte er die Hand und sprach: er sol so wacker werden als sein Vater, und so gut als seine Wäben. Das Ihr, Gemüßt, der Wäber sein, braucht Ihr nicht zu sagen, aber der Mutter sind die Wäben alle aus dem Land' beschiffen. Das ist eine dräbe Nöu, die Elisabeth. — Gnad'ntem Blut.“ Und er dankte dem Ritter, daß der doch an ihn gedacht, und ihm das Geleit geben wolle. „Guter Gnad“, rief Gemüßt, „wenn ich's bedessen wollte, gnädigster Herr was Ihr an mir getan!“
Dadurh sprachen sie viel, und der Kurfürst erinnerte sich gern. Das Diente ihm der Ritter gedienst in den Westfälischen Kriegen, bei Brenslaw und Udermünde, wo die Kugel, die der Augustiner richtete, durch des Kurfürsten Zeit flog, und von dem Fußboden wärd er krän und seine Stüßel nahat da ihren Anfang. Und auch bei Götting, wo der Sonntag in der Nacht voran war, als die Brandenburger die Stadt abertumpen wollten. Aber die Wäber waren wach, sie mußten abziehen, und der Albrecht Gnad'ntem kam mit genauer Not zu ihnen über die Mauer, aber er bräutet nicht sich, und nicht die Stadt. „Es wäde wohl güt“, sprach der Ritter, der, ob er nun auch ein halb hundertjährig auf den Schültern trug, sich recht wunder und reich drei schaute. „So Guter Gnaden gubert mit Berlin und Gahn gubert wäde dräuepungen. Wäde die Stättner Bürger danken.“
„Du magst recht haben“, unterbrach ihn der Kurfürst, der davon nicht erinnert sein wollte. „Aber du einhüßel dich noch auch, als du Bürgermeister wäde, was Kerger du bist.“ Der Mann's ten Rärner rief: „Gnad'ntem!“
Da wäden sie an die Stättner gelaufen, und der Kurfürst fragte: „Was sind die? Ob ein alter Mann in der Gegend Kunde hat, wer derjenige schlaßt?“
„Es erpinnen sich's viele noch“, antwortete der Ritter, der Gnad'ntem sich nicht wäde.
„So soll's sie nicht als eiet Zeit?“
„Die Zeit war einmal jung, ist's ist's aber noch gubert wäde die Zeit. Die Künsten wäde wäde.“

Da schweig der Kurfürst, denn er sah, was in dem Ritter vorging, und ihm ahnte, was die Hügel bedeuteten. Einer an dem Gefolge aber, der mit dem Ritter gesprochen, ritt an ihn heran und sagte leis: „Gnädigster Herr! Die Hügel bedeuten die Stelle, wo der ehemalige Westermann von Berlin, Johann's Rathenow und der Ratmann Konrad Nöte von Rübner angeschlossen wurden, als sie vor der Herrschaft nach Sachsen fliehen wollten. Hier sind sie erschlagen, aber nicht begraben; denn ihre Gebeine wurden nachmalen nach Berlin gebracht, und sind in der Gruft zu Sankt Nikolai beigesetzt.“
Der Kurfürst stieg da ab und trat an die Hügel, und das eine Kreuz lagte er an, als wollte er sich daran lehnen, und senkte den Kopf. Da dachte er wohl Schwestern nach, und alsdann kroch er mit dummbet Stimmte den Gemüßt: „Mein's du, daß deiner Elisabeth Vater gerächt ist?“
„Gnädigster Herr, gerächt“, antwortete her. „Denn es vergangen nicht sechs Wochen nach dem Ueberfall, und der Köpflin Bortelow ward von den Rübner gefangen. Et endete dann auf dem Wäde mit fünf seiner Spießgesellen. Ihre Schwäbe hängen noch an Stellen, aberm Tor von Rübner.“
„Wahrhaftig schüttelte der Herr den Kopf.“ So er niede schüttelte als jeder Wäde auf diese Stelle, mein lieber Gemüßt und grad'ntem Rärner, ich meine, das wäre ihm wäde Stättner.“
„Gnädigster Herr, und senkte her Wäde.“
„Et har ein wädeher Mann“, sagte der alte Kurfürst, „ein Mann, wie ich keinen jünger in den Wäden fand. Wäden sie als gebelert mit er, so bedacht.“
„Dann wäde es schwer zu regieren“, fiel der Gemüßt ein.
„Mein, Bedige, wenn alle dieger wären, dann wäre es nicht schäber. Wenn alle das Rechte aufschäber wollten, dann würde das Recht auch gefäber.“ Wenn ein Fürst mit lauter Stgaben zu tun hätte, gäbe er selbst er selbst mit ihnen grad geben: sie fänden maffarmen das Ziel. Wäde wie diese heben, die Her bedachtender blüeten. Sie waren sich im Wäden feind, aber hebe rechtlich, irafen sich hebe auf demselben letzten Wäde, und hebe fänden zusammen ein Ziel. Das Ziel, sagte er leis einzu, das jeder bedacht.“
Und als läbe er de. „Zwei Hügel vor sich, her seine mit der Hügel bedacht solle, bedacht er vor sich, und so stitten sie wäde. An der Grenze wäde er sich noch einmal um, breitelte die Hügel, und seine Hügel bedacht sich, wie das ein Gegen. Die Wäde herte man nicht. Dann bräutet er stumm dem Ritter die Hand, wäde den Schüben, und nun war er auf fremden Wäde. Et wäde sie sich nicht im.“
„Gnädigster Herr mit seinen Gähnen, ich die Ritter im Wäde bedachtenden wäde. Dann ist et langsam ham. Nun wäde sie in sich' uns Herz gemüßt, und war hoch ein so gubert Mann.“

84

Bekleidungshaus Leo Back

Friedrich-Wilhelm-Strasse

Nach erfolgtem Umbau

habe mein
Herren- u. Knaben-Garderoben- sowie Mass-Geschäft
bedeutend vergrößert.

Meine werthen Freunde und Gönner bitte ich, das mir bisher geschenkte
Vertrauen auch fernerhin entgegen zu bringen.
Hochachtungsvoll
LEO BACK.

84

Stadt-Theater.

Die Ausgabe der Abonnements für
die nächsten Monate ist jetzt
von 11. bis 13. Uhr in der Reception des
Stadt-Theaters.

Lobe-Theater.

Samstag, den 10. September 7 1/2 Uhr.
Eröffnungsvorstellung.
„Wenn der junge Wein blüht“.
Komödie in 3 Akten.
Die gleiche Vorstellung
Sonnabend, den 11. September anlässlich
des 10. Jahres der Aufführung des
Stadt-Theaters.

Thalia-Theater

Samstag, den 11. September, 7 1/2 Uhr.
Eröffnungsvorstellung.
„Der Silberpflug“.
Komödie in 3 Akten.
Sonnabend, den 11. September anlässlich
des 10. Jahres der Aufführung des
Stadt-Theaters.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Goldfische“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Im ersten Male“.
„Zwei Wappen“.
Sonntag 8 Uhr:
„Der grosse Name“.

Liebig's Etablissement

Sylvester Schöffler Jr.

Walter Steiner
Lilly Walter-Schreiber
etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Das grosse

Eröffnungs-Programm.

12 Attraktionen, 12

Anfang 7 1/2 Uhr.
Freie wie gewöhnlich.
Sonn- u. Wochentage gültig.

Zeltgarten

Dir.: H. Krastnik.

Neues

Programm

Entree im Garten:
10 Pfg.
Im Saal höheres Entree.

Palmengarten.

Dir.: H. Krastnik.

Neu

Original-

Palmengarten.

Neue Prachtdekoration ist
eröffnet.

2 Kapellen.

Entree frei.

Radrennbahn

Grüneiche.

Training

zur
Meisterschaft
von Deutschland

Sonnabend, 10. Septbr.
nachm. von 5-6 1/2 Uhr.
Entree 20 Pfg.
Mitglieder haben Vor-
zugsrecht der Mitgliedskarte
freien Eintritt. 4400

Scala-Theater

Nikolaistrasse 27.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Die Schuld einer Frau
Dramm: 1883
Sie hat etwas.

Tuberkulose-Museum.

Buttingerstrasse 11.
Sonnabend: 11-12 und 5-7 1/2 Uhr freier
Eintritt. 7-9 Uhr 10 Pf. Eintritt.
Abends 8 1/2 Uhr: Vorlesung mit Erläuterungen
des Herrn Dr. med. Erich Bruch.
„Reformblätter“ überall käuflich!

Zurückgekehrt!

Dr. Joseph Kalliskl,

prakt. Arzt und Kinderarzt,
Gräbschenerstr. 89. 4410

Bierpilsche und Aquarien

billig zu verkaufen
Gräbschenerstr. 18, II. St. 4410

Ihren

billigste Reparaturen werden gut
ausgeführt bei
Hr. Uhrmacher
Weinhold, Berliner Chaussee 120.

Neue Anzüge

verkauft
spottbillig
Brandenburgerstr. 24
(Leihhaus).

Die sicher wirksamsten

Spül-Spritzen

Pr. v. 4, 6, 8, 10, 12 M.
aus der Verkaufsstelle
Hygien. Versandhaus
Werner Schlegel,
Breslau I.
Nikolaistr. 21. I. Eige-
verw. oder Frachtm.
Spülmaschinen, Ver-
sand disk. Zahlh.
Anerkennungen.

Arbeiter-Garderobe

Berufsbekleidung für alle Branchen,
eher Reutlinger Maschinen-Anzüge,
Jacken und Hosen billig bei
Wilhelm Knauerhase
nur Kupferschmiedestr. 17
Vorzeiger 5% Rabatt.

Neu

offiziell zum Verkauf
in launigen
P. Str. 2. - 501.
Göhr. Mischel,
Sollingerstr. 11
Schloß 4432

Empfehle meine 3524

H. Fleisch- u. Wurstwaren

zu soliden Tagespreisen.
Josef Stenzel, Fleischermstr.
Berliner Chaussee 169.

Anzüge

reelle Stoffe, spottbillig
Schmiedebücke 28, I.

M. Mosberg's

Arbeitergarderoben

mit der Schutzmarke sind
unerreichlich!



Alleinige Niederlage bei
V. Liepelt,
Hilberstrasse 21.
1008

Anzüge, gute Stoffe

zu sehr geringen Preisen
Schloß 4432

Kranken- u. Begräbniskasse „Hoffnung“

(eingesch. Hilfskasse Nr. 1) zu Breslau
Begr. i. J. 1877. 4000 Mitglieder.
Die Krankenkasse „Hoffnung“ ist vollständig gleich-
berechtigt jeder Zwangs- od. Betriebs-Krankenkasse
und jedes neu eingetragene Mitglied ist vom ersten Tage
ab vollberechtigt. Die Beiträge sind in Stala I pro
Monat 1.65 Mk., II = 2.30 Mk., III = 3.30 Mk.
Die Eintrittsgelder 1, 2 und 3 Mk. und für ärzliche
Untersuchung 50 Pf. Krankengeld wird vom 1. Tage ab
für 26 Wochen gezahlt und zwar pro Woche in Stala I
= 7.- Mk., II = 11.20 Mk., III = 16.80 Mk. Das
Sterbegeld beträgt in Stala I = 70 Mk., II = 112 Mk.,
III = 168 Mk. Außerdem freier Arzt, Arznei, Heil-
mittel usw.
Jedem Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden oder Ge-
schäftsmanne, Weibern und Mädchen kann der Beitritt zu unserer auf-
soliden, reellen Basis bestehenden Krankenkasse nur auf wärmste
empfohlen werden.
Anmeldungen und alle Näheres werktäglich vorm. 8-12 Uhr
im Kanonikat-Haus, Hauptplatz 16, I. sowie Sonnabend abends 7 1/2
bis 9 1/2 Uhr Germania, 16 (Alte Bräuerstr.) 4422

Möbel

eigene Fabrikation
in bekannt guter Arbeit
billigste Preise
Fabrik, elektr. Betrieb und Lager.

H. Nowack,

4418
Friedr. Wilhelmstr. 102. Waagen: Friedr. Wilhelmstr. 62.

Lederhandlung u. Schuhmacherbedarfsartikel

Baulstraße 3. **Karl Brehmer** Klosterstraße 123.
Großes Lager in
Ober- und Unterleder, zu bekannt billigen Preisen.

Halten Sie fest

nur recht und billig zu kaufen.
Anzüge, gute Stoffe, 0 1/2 Mk. Nach
Maß, wasserfest, 18 Mk. Socken aus
Wollen 2 1/2 Mk. 4432
Anzugfabrik, Baulstraße 171.

Das älteste, sachmännlich geleitete

Hut-Geschäft vor dem

Nikolaifort ist das vom


Hut-Banke

Inh.: Joh. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte

nur gute, reelle
Qualitäten, für
Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigsten Preisen.
Annahme sämtl. Hut-Reparatur.



Spezialgeschäft

für Solinger Stahlwaren

Große Auswahl in Taschen- u. Küchen-
messern, Zugs- und Franchiserbesteck,
Scheren etc. etc. in nur bester Qualität zu
billigsten Preisen. Komplett ausgestattete
Reparaturwerkzeuge in jeder beliebigen
Größe von 3.50 Mk. an. Sicherheits-
rasierapparate von 2.00 Mk. an.
Schnitzmaschinen 3, 7 u. 10 mm
jähren von 2.50 Mk. an. [529

H. Brettschneider,

Drehleiererei u. Reparaturwerkstatt
Kupferschmiedestr. 28,
3. Haus von der Stadtgasse.

Neu! Neu!
Sobst. erschienen:
**Wie schützt man sich vor
starkem Kindersegen auf
gesunde Art.**
Preis 30 Pf., geg. Voreinsendung
von 43 Pf. in Briefmarken porto-
frei ins Haus
Zugabe „Polkswadl“
Breslau, Gräbschenerstr. 5-7.

Zu billigsten Preisen

läuft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk
sowie die bestmögliche Auswahl in Kinderstiefeln, Filz-, Gummi- und
Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei
4419
Robert Kreischmer, Schuhmachermeister, Friedrich-Wilhelmstr. 52.

Breslau Jeder

was sagst Hut 1,95

Du nu! 1,95

Hut-Fabrik-

Niederlage

H. Schönfeld 4400
17/18 Schmiedebücke 17/18. — Adalbertstrasse 6.

Tel. 3954. **Solide Möbel** Tel. 4117.
in eigener Werkstatt gearbeitet. 4284

Spiegel und Polsterwaren

reell und billigst.

Joseph Erkel,

Möbel-Fabrik
Opitzstrasse 8. Breslau V
Verkauf-lokal: Gräbschenerstr. 12.

Deutsch-Amerik. Schuhwaren G. m. b. H.

Wer einmal unser Käufer war,
Der wird es gerne sagen,
Dass unsere Stiefel, unsere Schuh
Sich ganz vorzüglich tragen.
Moderne Formen, — recht weiches Leder
Sehr haltbar und billig
Das liebt wohl ein Jeder.

Sonnabend, den 10. September

nachmittags 3 Uhr

eröffnen wir

Gräbschenerstrasse 41

Ecke Friedrichstrasse

eine zweite Verkaufsstelle unserer als haltbar, billig
und gut bekannten

Herren-, Damen- und Kinderschuhwaren.

Wir bitten das uns bisher geschenkte Vertrauen uns auch weiter entgegen
zu bringen.
Zu enorm billigen Preisen verkaufen wir in unseren beiden Geschäften
20 Schmiedebücke 20, im Nussbaum
41 Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse

Sehr dauerhafte Herren - Zugstiefel Paar	4 ²⁵
Sehr dauerhafte Herren - Schnürstiefel Paar	5 ⁵⁰
Elegante Herren - Schnürstiefel mit u. ohne Lackkappe Paar	6 ⁷⁵
Elegante Damen - Schnürstiefel mit Lackkappe Paar	4 ⁷⁵
Elegante Damen - Schnürstiefel Gutes Leder, mit und ohne Lackkappe Paar	5 ⁶⁵
Elegante braune Damen - Stiefel Echt Chevreau mit Lackkappe Paar	6 ⁷⁵

Original-Goodyear-Well-Stiefel

für Damen 10⁹⁰ für Herren 11⁹⁰
Hausschuhe, Kinderstiefel und -Schuhe, Tanzschuhe, Turnschuhe.

Deutsch-Amerik. Schuhwaren G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Schmiedebücke 20, im Nussbaum.
Filiale: Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse. 4416

Zur Fleischnot.

Das Stadtverordnetenkollegium zu Leipzig beschloß auf Antrag unserer einstimmig, den Rat zu eruchen, gemeinsam mit den Stadtverordneten bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Grenzsperr für die Einfuhr von Vieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgängliche Maß herabgesetzt und die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden. Ferner soll die sächsische Staatsregierung die Schlachtkontrollen und die Uebergangsabgabe aufheben und die Fleischzölle ermäßigen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung in Paderborn (Westf.) nahm eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution an, in der der Magistrat ersucht wird, mit Rücksicht auf die enorme Preissteigerung der Fleisch- und Wurstwaren unverzüglich bei der Reichsregierung um geeignete Abhilfsmaßnahmen vorstellig zu werden.

Offenbach, 8. September. In Sachen der Fleischnot haben die national liberale und sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Dringlichkeitsanträge für die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Zur Fleischsteuerung weiß die bürgerliche Presse zu melden, daß der neue Landwirtschaftsminister von Schorlemer der gegenwärtig wieder einsetzenden Fleischsteuerung und deren Ursachen große Aufmerksamkeit zuwenden soll.

Im Landwirtschaftsministerium wird eifrig Material gesammelt über die einschlagenden Wege, um dem Notstand abzuhelfen. Demnach dürften Vertreter des deutschen Fleischwerts vom Landwirtschaftsminister empfangen werden, wobei vor längerer Zeit eine Audienz nachgesucht haben. In dieser Woche wird sich eine Anzahl westdeutscher Städte mit der Fleischsteuerung befassen und in Eingaben an die Regierung um Wegfall der Tuberkulimpfung und Dämpfung der Grenzen ersuchen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. September.

Geschichtskalender.

10. September.

- 1806 Der Dichter Johann Anton Leisewitz in Braunschweig †.
- 1886 Der französische Aristokrat Paul Soleillet in Aken †.
- 1893 Kaiserin Elisabeth von Oesterreich erwordet.

Was ist eine „politische Versammlung“?

Das preussische Oberverwaltungsgericht hat über diese Frage eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Es handelte sich um die polizeiliche Ueberwachung einer geselligen Zusammenkunft, bei der gesungen, getanzt und musiziert wurde.

Nach formaler Beschwerde wurde Klage erhoben und betont, daß es sich nicht um eine politische Versammlung gehandelt und daher die Polizeibehörde kein Recht habe, die gesellige Zusammenkunft zu überwachen. Das Oberverwaltungsgericht erachtete die Klage für begründet und führte unter anderem aus: Zu politischen Versammlungen können nur solche Veranstaltungen gerechnet werden, bei welchen die Absicht besteht, eine unmittelbare politische Einwirkung auszuüben; die Versammlung müsse zu dem Zwecke einberufen sein, politische Angelegenheiten zu erörtern. Das sei in der Regel nicht der Fall, wenn es sich um Zusammenkünfte zu geselligen Zwecken handle. Das Vereinsgesetz finde aber in solchen Fällen Anwendung, wenn Tatsachen angeführt werden können, aus welchen sich ergebe, daß zur Täuschung der Behörde gefällige Zusammenkünfte in der Absicht veranstaltet werden, um politische Angelegenheiten zu erörtern.

Wird man jetzt endlich das Verfahren gegen unsere Freiheitsheldener einstellen? Deutlicher kann doch der Polizei nicht gesagt werden, daß sie im Unrecht ist!

Die Peitsche der Klassenjustiz.

Unter dieser Ueberschrift bespricht sehr ausführlich der „Vorwärts“ das Urteil gegen Genossen Albert, das er als im schroffsten Widerspruch zum allgemeinen Volksempfinden stehend nennt. Unser Zentralorgan würdigt eingehend die Aussagen der Polizisten und der Zivilzeugen und kommt zu folgendem Schluß:

Trotz dieser für die Polizei geradezu vernichtenden Beweisaufnahme brachte es der Vertreter der Staatsanwaltschaft fertig, die Anklage in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und gegen den Angeklagten eine Strafe von acht Monaten Gefängnis zu beantragen.

Wir sind bei der preussischen und speziell der Breslauer Justiz an starke Dinge gewöhnt, daß aber eine derartige Unkenntnis der Volkseele preussischen Richtern innewohnt, sollte man wahrlich nicht für möglich halten. Gerade die Tatsache, daß bei einem rückwärtsgehenden Benehmen der Polizeibehörde Demonstrationen der Sozialdemokratie, noch stets friedlich verlaufen sind, ist ein Beweis dafür, daß es nur an dem Auftreten der Beamten liegt, ob es zu Konflikten mit der Polizei kommt. In welchen Anschauungen müssen Richter leben, die nach einer derartigen Verhandlung in der Urteilsbegründung ausprechen, daß es bunt der Besonnenheit und Pflichttreue der Beamten (1) nur zu den kaum der Rede wertigen Verletzungen gekommen sei! Und was soll man dazu sagen, daß preussische Richter es fertig bekommen, es für Recht zu erklären, daß die Beamten nach der Sach- und Mißtrauen blank zogen? In dem der preussische Bürger verpflichtet, sich weinlos von Polizeigewalt wie eine Schammeherde dirigieren zu lassen? Sicherlich findet auch die sinnlose Verpöhlung der Demonstrationen die volle Anerkennung des Breslauer Richterkollegiums. Wenigstens versucht man; vergeblich, auch nur noch dem letzten Wort der Kritik an dieser die Massen natürlich aufs ungenehmigste provozierenden Maßnahme der obersten preussischen Behörde.

Nur zu recht habe Genosse Albert, als er nach dem Antrage des Staatsanwalts seinen Richtern die stammenden Worte entgegen geschleudert (folgt das bekannte Zitat).

Woh! ist es für den angeklagten Genossen bitter, wegen einer nur allzu verständlichen scharfen Kritik, die geschrieben wurde in den Zeiten der größten politischen Erregung, sechs Monate Gefängnis zu verbüßen. Eine Strafe, die den Angeklagten um so härter treffen muß, als ihm noch vier- und zwanzig weitere Prozesse bevorstehen. Aber nicht einen Augenblick wird durch solche ... die sozialdemokratische Bewegung aufgehalten. Im Gegenteil: jedes herartige Urteil peitscht neue indifferente Massen auf, die sich einordnen in die Reihen, die den Sozialismus erlärmen, die antämpfen gegen Polizeiwillkür und Klassenjustiz!

Genosse Albert hat heute gegen das Urteil, von dem die Verteidiger hoffen, ihm in einigen Punkten zu Leibe gehen zu können, Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Die Lage der Tabakarbeiter.

In der am Donnerstag im Doppelner Schloßbräu abgehaltenen Tabakarbeiterversammlung sprach der Vorstand für den sächsischen Bezirk, Wenzel-Dresden, über die durch den schäbsten Tabakall verurteilte Misere der deutschen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen. Die in dieser Industrie Beschäftigten wären jetzt doppelt schicksalhaft, einmal durch die Preissteigerung aller Lebensmittel, das andere Mal durch den geringen Verdienst und die Arbeitslosigkeit. Die Zustände in der Tabakindustrie wären noch schlimmer geworden, als man beschrieb. Am schlimmsten aber hätten es die Arbeiter. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Fabrikanten die Kosten der Steuer auf die Arbeiter abwälzen, indem sie die Löhne auf ein Mindestmaß herabsetzen, die Heimarbeit pflegen und sonstige Einrichtungen treffen, die es ihnen erlauben, das Produkt billiger herzustellen. In Sachsen blühe die Heimarbeit und die Differenz zwischen dem Fabriklohn und der der Heimarbeit betrage mindestens 3 Mark pro Woche. Der Reizent schilderte, daß auch in manchen Gemeinden die Fabrikate geringerer Qualität geworden seien, was trüber Einlage war, sei jetzt Deck- oder Umblatt. Zigarren aus feinem Tabak herzustellen, sei viel leichter, als wenn geringere Sorten verarbeitet werden müßten, trotzdem seien die Löhne immer mehr. Die Fabriken verdrängen immer mehr aus den Städten und siedeln auf das blatte Land über, wo ja billigere Ar-

beitskräfte zu haben sind. Nach der letzten Statistik gibt es in Deutschland 24.807 Betriebe in der Zigarrenindustrie, von denen 982 mehr als 50 Arbeiter beschäftigen — 2222: 10 bis 50 Arbeiter. In der Zigarrenindustrie, obwohl sie in Völkste, waren die Arbeitslöhne sehr gedrückt. Dresden stellte ungefähr den fünften Teil des Bedarfs her. Die Fabrik „Nemba“ habe Maschinen aufgestellt, die täglich viele Maschinen fertigen, aber nicht bloß geringere Marken, auch bessere zu 2 bis 5 Pfennige, werden von der Maschine hergestellt. Das System der Löhne sei daher erstarrt. Immerhin seien aber die Löhne in Dresden besser als in Breslau und Schlesien, bei Durchschnittpreise einer Zigarettenarbeiterin in Breslau bei 8,50 M. pro Woche, in Dresden 11,50 M. Der Verband der Zigarettenfabrikanten zählt 131 Mitglieder, die insgesamt 13.000 Arbeiterinnen beschäftigen. Das Bestreben des Tabakarbeiterverbandes gehe dahin, überall Tarifverträge durchzusetzen, um die Lohnverluste zu beseitigen, die sehr eingegriffen sei. Die Ausschüsse seien allerdings noch sehr klein, da die Arbeitgeberverbände sich sehr ablehnend verhalten. Es habe sich eine neue Organisation von Arbeiterinnen in der Tabakindustrie gebildet, die aufeinander auf einem scharfmacherischen Standpunkt stehe und von Tarifverträgen nichts wissen wolle. Kämpfe werden daher nicht ausbleiben. Die Reichsunterstützung gehe zu Ende, die Lage werde noch schlechter werden, sie kann aber gehoben werden, wenn die Kollegen und Kolleginnen sich in ihrer Gesamtzahl dem Verbands anließen.

Warnung vor Zuzug.

Die Besserung der wirtschaftlichen Lage weckt auf dem platten Lande wieder die Wunderlust. Die Erwerbsmöglichkeiten in der Großstadt verlocken die Jugend auf dem Lande und treiben sie in die Städte nach den Städten. Im laufenden Jahre macht sich der Zuzug schon wieder recht häufig bemerkbar und die Herkunftsgebiete bilden eine besonders beliebte Zeit, die Großstadt anzusehen. So lange die Arbeitslosigkeit in den Großstädten sehr günstig ist, kann gegen diese Zuzugbewegung nichts eingewendet werden. Anders liegen aber die Dinge, wenn die Beschäftigung in den Großstädten noch nicht ausreicht, um das vorhandene Ueberangebot aufzunehmen. Wenn auch die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes sich im laufenden Jahre schon recht ansehnlich gebessert hat, so darf doch nicht übersehen werden, daß gerade in den Großstädten das Angebot Arbeitsluchter noch recht hoch ist. Es lauten nämlich im Juli auf je 100 offenen Stellen Arbeitluchter in Breslau 199, 112,55, 1910 157,36. In einigen Städten ist der Andrang im laufenden Jahre sogar noch höher als 1909. Aber auch in den Klagen, in denen der Andrang die's Jahr tiefer steht, ist das Ueberangebot noch mehr oder minder stark, so daß eine ungewöhnliche Vermehrung durch Zuzug die Lage des Arbeitsmarktes weiter ungünstig verändern würde. Im übrigen ist nicht zu übersehen, daß die Erwerbsmöglichkeiten sowohl schon eine Vermehrung des Angebotes bringen, zum Teil durch Entlassungen, zum Teil durch die Entlassungen von Militärs. Denn immer wieder verweisen in den Städten, in denen sie in Garnison standen, sich auch ein Exzess an geländen, und kehren immer weniger aus dem Land zum landwirtschaftlichen Beruf zurück. Für gewisse Berufe ist ja in den Großstädten kein Nachfrage vorhanden, so zum Beispiel nach Dienstmägden, aber dabei handelt es sich doch auch um Ausnahmefälle, die wieder ihre besonderen Uelachen und Gründe haben. Aber im allgemeinen liegen in diesem Jahre die Arbeitsmarktsverhältnisse in den deutschen Großstädten noch nicht derart, daß ein stärkerer Zuzug schon ohne Gefahr für die zuwandernden und für die anfertigen Arbeiter ertragen werden könnte. Jeder Zuzug erschwert daher den arbeitslosen Arbeitluchtern die Möglichkeit, eine Stelle zu finden; er vermehrt daher die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und beeinträchtigt unter Umständen auch das Lohnniveau der beschäftigten Arbeitluchter. Die auswandernden Arbeiter selbst aber haben es unter solchen Umständen gleichfalls nicht leicht, in der Großstadt ihr Fortkommen zu finden, so daß jedenfalls Entlassungen und Entzehrungen nicht ausbleiben.

Ein Ledigenheim.

mit Unterstützung der Stadt von der gemeinnützigen Baugenossenschaft errichtet, wird am 1. Oktober in Straßburg i. El. eröffnet werden. Es enthält 200 Zimmer, die auf 2 oder 3 Wochen vermietet werden können. Das Heim ist v. a. ausgestattet mit elektrischem Licht, Dampfheizung, Wasser-, Wärme- und Fließbadern, gemeinschaftlichem Gesellschaftsraum mit Bibliothek, Reformkantine ohne Trinkzwang, Dachgarten mit Liegestühlen u. Mittagessen wird zu 60 Pf., Abendessen zu 40 Pf. abgegeben. Die Miete für ein Zimmer beträgt je nach der Ausattung 2,90 — 3,10 — 3,30 und 3,60 Mark pro Woche.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

„Chelisch-Hata 606“. Dr. Chelisch-Hata 606, das in neuerer Zeit viel umstritten und schon mehrfach recht demätrische antihistaminische Präparat wurde zum ersten Male auf der Balkanhalbinsel angewendet. Sieben an Syphilis Erkrankte wurden durch Chelisch-Hata 606 gänzlich kuriert.

Die verschickte Sternwarte. Die französische Regierung hat ein sonderbares Geschenk erhalten. Im Anschluß an die großartigen Arbeiten, die von der französischen Expedition zur Erdmessung in Südamerika ausgeführt worden sind, hat nämlich die Regierung der Republik Ecuador das Anerbieten gemacht, die Sternwarte Quitto mit allen Instrumenten und allem sonstigen Zubehör an Frankreich zu schenken. Die Sternwarte zeichnet sich durch eine besonders günstige Lage aus, denn sie befindet sich ungefähr 8000 Meter über dem Meeresspiegel in einer Gegend, wo fast ohne Unterbrechung wolkenloser Himmel herrscht. Auch der Umstand, daß sie gerade auf dem Äquator liegt, ist von Vorteil, da sich infolgedessen dort Beobachtungen des nördlichen und denen des südlichen Sternenhimmels vereinigen lassen. Außerdem gibt es keine andere große Sternwarte in der Gegend des Äquators. Die Akademie der Wissenschaften in Paris hat sich daher auch damit erklärt, das Geschenk anzunehmen, obgleich mit seiner Ausnutzung erhebliche Kosten und Umstände verknüpft sein werden.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Rußland. Furchtbare Verheerungen richtet die Cholera im Kaukasus an, besonders im Gorigebiete. Sämtliche Dörfer sind von der Seuche ergriffen, die Menschen sterben massenhaft ohne jede Hilfe. Die Leiden bleiben unerbittlich, die Bauern fliehen in die Berge.

Besteht für Deutschland eine Cholera Gefahr? Professor G. Merich, der bekannte Münchener Hygieniker, antwortete auf eine Anfrage wegen der für Deutschland bestehenden Cholera Gefahr, daß bei uns in Deutschland für dieses Jahr eine Choleraepidemie als ausgeschlossen gelten kann, weil infolge der anhaltenden Regenverhoben die zur Entstehung von Epidemien nötige Disposition des Bodens nicht zustande kommen kann. Wenn dagegen das nächste Jahr sehr trocken wäre, so wäre die Gefahr der Entstehung einer Choleraepidemie in Deutschland sehr groß, besonders wenn die Choleraepidemien in Italien und Rußland überwinteren würden.

Bequeme Methode. In unserem Parteiblatt in Freiberg i. S. lesen wir: Seit längerer Zeit werden von einem Mädchen gegen einen hiesigen Geistlichen die unge-

heuerlichsten Anschuldigungen erhoben. Obwohl Stadtbehörde und Staatsanwaltschaft Kenntnis von diesen Anschuldigungen haben, ist man bisher gegen das Mädchen nicht eingeschritten. Auch das Landeskonsistorium hat sich schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt. In letzter Zeit hatte ein hiesiger Einwohner einen Brief erhalten, in dem die Anschuldigungen gleichfalls erhoben wurden, der Betreffende ging zu dem Geistlichen und las ihm den Brief vor, der Pfarrer hat diesem gegenüber erklärt, Strafanklage bei der Staatsanwaltschaft stellen zu wollen, was er auch getan hat. Das Verfahren gegen die Verbreiterin der Anschuldigungen ist jedoch wieder eingestellt worden. Nun befindet sich unter den Mitteilungen aus der Sitzung des Gemeinderates unter Punkt 4 folgender Passus: „Der Rat will eine hiesige unverheiratete Frauensperson wegen ihres gemeingefährlichen Treibens in einer Anstalt unterbringen und ihre Einmündigung beim hiesigen Amtsgericht beantragen.“ Dieser Beschluß betrifft zweifellos die Verbreiterin jener schweren Anschuldigungen; da diese Anschuldigungen schon seit langer Zeit verbreitet werden, muß man sich wundern, daß hier der Staatsanwalt nicht schon längst eingeschritten ist.

„E. J. VI“ macht Passagierfahrten. Der „Frankf. Hg.“ zufolge hat „E. J. VI“ heute Vormittag wieder seine gewohnten Passagierfahrten nach Straßburg aufgenommen. Damit sind die Gerüchte eines militärischen Verbots aus Fortifikationsrücksichten hinfällig.

Der „R. VI“ wird demnächst eine Fahrt nach Ruffeln von München aus unternehmen, nachdem sich die Stadtverwaltung bereit erklärt hat, ein Honorar von 400 M. dafür zu zahlen. Dazu kommen noch die Passagiergelber von 500 M. für die Fernfahrt hin und zurück.

Unfall bei einem Hingerversuch. In Wink sind gestern drei Zuschauer während eines Hingerversuchs, den zwei Aviatiker hier unternahmen, getötet worden. Als die Aviatiker landen wollten, stürzen nämlich beide ab und die Apparate begraben drei Zuschauer unter sich. Die Flieger selbst blieben unverletzt, sie wurden aber von der Polizeibehörde in Haft genommen.

Verhängnisvolle Explosion. In Gambia (Provinz Valencia) wurden bei einer Kesselexplosion drei Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.

Berliner Sensationspresse. In den letzten Tagen haben sich einige ausländische Sozialdemokraten auf der Durchreise vom Koblenzener Kongress in Berlin aufgehalten. Genosse Sensationsblätter haben nichts Giltigeres zu tun, als die Genossen auszuforschen und zu fotografieren. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu mit Recht, aber berechtigtem Spott, daß die fremden Genossen die „Deliktationen“, denen sie durch die Hingerversuche

einer gewissen Presse ausgesetzt gewesen seien, mit gutem Humor ertragen hätten.

Verhafteter Massenmörder und Bandenführer. Der berühmte bulgarische Bandenführer Simon, der an den mazedonischen Bergen allein an 20 politische Morde verübt hatte, wurde in Sofia verhaftet. Die Türken fanden bei ihm einen großen Teil des Geheimarschivs des bulgarischen Komitees, sowie Dretz, Siegel und originale Aktenstücke, welche die bulgarische Regierung außerordentlich kompromittieren und sie als Ministerin der Revolution in Mazedonien entlarven.

Grabenunglück. Durch Zuhörgeben eines Pfeifers wurden auf Höhe Bollwerck bei Helfensröden Dienstag früh drei Bergleute verhaftet. Man konnte sich bis zu ihrer Rettung, die am Donnerstag früh erfolgte, mit ihnen verfrachten. Es konnte aber nur einer der Verhafteten lebend geborgen werden, die anderen beiden waren tot.

Schnurereien auf einem Schlachthof. Gegen den Direktor und eine Anzahl Arbeiter auf dem Schlachthof in Peiberg hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wegen Verabreichung von Giftmischungen. Auf dem dortigen Schlachthof sind in letzter Zeit erhebliche Schnurereien vorgekommen.

Abtreibungsprozess. Der Artillerieleutnant der Reserve Alexander Erdmann-Jehn ger wurde heute von der hiesigen Reichsgerichtskammer des Landgerichts I wegen Abtreibung und fabriklischer Tötung zu 6, die Schauspielersin Emma Dingelberg wegen des gleichen Vergehens zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten einer jungen Engländerin, welche sich in gelegentlichen Umständen beurlaubt, Medikamente verabreicht, welche den Tod der Engländerin zur Folge hatten. Der Staatsanwalt hatte gegen Erdmann-Jehn niger ein Jahr Gefängnis beantragt.

In Matkahn-Gäß.

Wenn er sich's hoch vernehmen läßt,
Der schneid'ge Oberpräsident!
So hat zu Stoß er in der Nacht
'ne Mißgeburt zur Welt gebracht.

So schimpft ein ungeklärter Bauer
Und allenfalls der Janschaar;
Da, wie er nach der Presse greift,
Die ihn verachtet und auf ihn dreift!

O Matkahn, das war i'et vom Uebel,
Was nicht nicht so mit seinem Äbel;
Man trägt so was, weil's wertvoll ist,
Auf's Äußerste — zum andern Welt.

Paulsen.

Wer macht die hohen Fleischpreise? Von Landleuten wird uns geschrieben: In einem in der Nähe von Breslau befindlichen Dorfe (Opperau), hatten hiesige Fleischer öfter Nachfrage nach Schlachtleib, hauptsächlich nach Schweinen, um bei den kleinen Leuten das Vieh billiger einzukaufen als von den Händlern. Da es sich bei diesen kleinen Leuten immer nur um ein, höchstens zwei Stück handelt, so wird diesen ein sehr niedriger Preis geboten. Dieses Vorgehen hat in letzter Zeit einige Landleute auf den Gedanken gebracht, das Vieh anstatt lebend zu verkaufen, selbst auszuschlachten und in kleinen sowie größeren Mengen an jeden einzelnen abzugeben, weil die Fleischer nicht viel zahlen wollen!

Der Verkäufer begnügt sich mit dem Preise von 0,70 Mk. pro Pfund (gleichviel von welchem Geschlecht) und behauptet, auf diese Weise mehr zu erzielen, als wenn er das Schwein lebend verkauft. (Was sagen die Fleischer dazu?)

Es wäre sehr wünschenswert, wenn es alle kleinen Verkäufer in allen Orten ebenso machen würden, erstens würde ihre Mühe besser bezahlt, zweitens gäbe es viel Gelegenheit billigeres Fleisch in die Stadt zu bekommen. Wer Gelegenheit gehabt hat in früheren Jahren die Radsfahrer zu beobachten, welche trotz der Fleischsteuer aus allen Gegenden Fleisch in kleineren und größeren Mengen, teils versteuert und teils unversehrt nach hier gebracht haben, der wird zugeben, daß bei Entdeckung billiger Einkaufsquellen die Einfuhr eine viel größere, die Abnahme bei den hiesigen Fleischern eine geringere sein wird. Also herunter mit den Preisen!

Die Wirkungen der Terrainspekulation werden in besonders drastischer Weise in einem Aufsatz über die Wertzuwachssteuer in der Julinummer der „Bank“ geschildert. Die Geschichte des Teltowkanals (bei Berlin) predigt in der eindringlichsten Weise, welche schweren volkswirtschaftlichen Schäden aus dem ungehinderten Wallen der Terrainspekulation entstehen. Als der Plan des Kanalbaues zuerst in der Öffentlichkeit auftauchte, ging man von der Erwägung aus, der Industrie auf billigen Boden unter günstigen Transportverhältnissen neue Ansiedlungsmöglichkeiten zu verschaffen. Wie aber haben sich die Dinge entwickelt? Eine tügellose Terrainspekulation setzte ein, an der sich die im Kreise beamteten Personen wie auch die Bankwelt mit Eifer beteiligten. Als der Kanal eröffnet wurde, hatten die Verkäufer ihren Gewinn bereits in Sicherheit gebracht dadurch, daß sie die Terrains in Aktiengesellschaften eingebracht hatten. Das Publikum riß sich um die Aktien. Aber die erhoffte Ansiedlung blieb aus. Nicht etwa, weil der Kanal unsachgemäß gebaut war, auch nicht deshalb, weil die allerdings recht hohen Kanalgebühren prohibitiv (verhindernd) wirkten, sondern weil die Industrie durch die hohen Grunderwerbskosten am Kanal abgescreckt wurde. Waren doch inzwischen Steigerungen (der Grundstückspreise) um 500 Prozent eingetreten. Und nun ergab sich folgender Kreislauf: Der Kanal rentiert nicht, weil keine Verfrachter an seinen Ufern wohnen. Ansiedler kommen nicht, weil die Terrainspekulation zu hohe Preise fordern. Diese aber können nicht mit den Preisen heruntergehen, weil die Terrains seinerzeit zu hoch inseriert worden sind. So erleiden alle produktiven Elemente Schaden: Die Industrie, welche von der Transportverbesserung keinen Gebrauch machen kann, die erwerbsfähigen Bürger des Kreises Teltow, welche das kostspielige Unternehmen zu verzinsen haben, die Aktionäre der Teltowgesellschaften, welche ihr Geld zur Erschließung des Terrains, zur Aufrechterhaltung und andern produktiven Zwecken aufs Spiel gesetzt haben. Gewinn haben nur die unproduktiven Elemente, die nichts weiter zu tun brauchen, als den auf öffentliche Kosten geschaffenen Wertzuwachs einzuflecken.

Von Breslauer Eisenbahnern wird uns geschrieben: Bisher war es bei der Eisenbahn-Verwaltung üblich, die Angestellten wenigstens nur kurz vor den Wahlen an ihre nationalen Pflichten in vorzüglicher und schonender Weise zu erinnern. Das ist jetzt anders geworden. Die Erregung und Erbitterung unter den Eisenbahnern hat gegenwärtig einen Umfang angenommen, der auch der Verwaltung nicht verborgen bleiben konnte. Man mag schon nicht mehr die Anträge der Ausschussmitglieder auf Vornahme von Maßnahmen, wie das sonst üblich war, sondern man vertritt die Leute auf einen späteren Termin. Ehe kann die nötigen Vorarbeiten, ohne die es nun einmal nicht geht, soweit gesehen sein, daß die Forderung der Forderungen werden kann, stehen wir vor den nächsten Reichstagswahlen. Auf diese Weise verbindet man das Angenehme mit dem Praktischen.

Dem großen Heer der Eisenbahner und davon hemjener Teil, der am miserabelsten bezahlt wird, wieder einmal gehörig Sand in die Augen zu streuen, das ist die Aufgabe eines ganzen Stabes höherer Beamten, über deren Lösung sie schon seit Wochen brüten müssen.

Die Aufgabe ist gar nicht so leicht, der Arbeiter soll gelehrt werden, wie anständig die Eisenbahnverwaltung ihre Leute bezahlt, auf der anderen Seite aber darf der hundertfache von Millionen betragende Ueberfluß nicht um einen Pfennig gekürzt werden. Das sind Tatsachen, die von höheren Beamten gegenüber offen ausgesprochen wurden. So wird eine Lohnzulage durch erhöhte Ausbeutung des einzelnen wieder wett gemacht.

Es schreien Schreien möchte man sich wohl bewußt sein, als man die Eisenbahner noch etwa auf amtlichen Wege, des heißt durch Anschlag von der Wahrheit über die Konditionen unterrichtet. Jetzt beginnt Kampfbild des Reichsverbandes, ist aber am allerletzten geeignet, in die Herzen der Eisenbahner Zufriedenheit zu pflanzen, vielmehr sind dadurch auch die Bedürfnisse unter ihnen zum Nachdenken angeregt worden. Sie können dazu einmal Vergleiche anstellen, welchen den, was sie beim größten Fleiß erbringen können, wobei sie dauernd Gesundheit und Leben riskieren und wie auf der anderen Seite Lüge um's Stunden bemerkt werden. Es erübrigt sich hier, noch näher auf dieses Reichsverbandesprodukt einzugehen, nur wollen wir feststellen, daß die Eisenbahner bis heute zum jüngsten nicht mehr durch genug sind, um solchen unbeschämten Schwindel als Wahrheit hinzunehmen. Geradezu bedauerlich aber ist es für die Verwaltung, wenn sie mit solch trügerischen Schmeicheleien ihre Angestellten zu beruhigen sucht. Sollen die Arbeiter darüber etwas berichten, daß es auch heute noch für gewisse Ueberstunden nicht einen Pfennig Entschädigung gibt, wie das sonst bei jedem halbwegs anständigen Arbeitgeber der Fall ist und das bei einer größeren Anzahl Stunden mittels der berechtigten Arbeitgeberrechnung ein ganzes Gehalt herauskommt?

Es ist den Eisenbahnern aus der Kameradschaft vertrieben worden. Wie bei anderen Jahren die Verwaltung nach qualvollen Reiben dieses Beschäftigten zum Werk brachte, wurde

mit dem morgigen zamtam aber zwei noch große Ereignis vor. (Aber in die Freude der Eisenbahner hat mancher Nervenstropfen. Weis doch heute kein einziger, ob er dem ihm zustehenden Urlaub wirklich genießen, oder ob er ihm nicht von irgendetwas einem Vorgesetzten willkürlich zunichte gemacht wird. Nach dieser Seite mit der Verbindung von Freischichtzeiten. Dasselbe nicht nach dem verurteilten Berlin oder anderen westlichen Großstädten. Man ist doch um das Gelingen und die Gesundheit seiner lieben Arbeiter so besorgt. Wie leicht könnte ihnen doch in Eprekassen auf der Freischichtstraße oder sonstwo ein Unglück ausfallen. Nur schade, daß man diese Besorgnis bei der Arbeit nicht im geringsten teilt.)

Vielleicht möchte man, daß aus dem Westen etwas Licht in die dunkelnebelige Großstadt eingelassen werden könnte, Schaden könnte es nicht!

Unter solchen Verhältnissen hat die Verwaltung auch alle Ursache, das so stark mitgenommene, von Zeit zu Zeit durch alle möglichen und unmöglichen Probierenexperimente aufzufrischen, und alle bligentlichen Leistungen ohne Ausnahme leisten zu lassen.

Wichtig ist es, daß die Betriebe haben nicht nötig, in der Weise Kellere zu machen, wie es Preußen mit seinen Staatsbetrieben beliebt. In ihnen spricht jede Wohlfahrtsanordnung für sich selbst, hier aber muß umsonst davon geschrieben werden. Je weniger dem Angestellten wirklich wohlgetan wird, ehe in Preußen solche wünschenswerte Zustände eintreten, muß erst die Macht der Fünfer und Fünften gebrochen werden und das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, der wir uns schon aus diesem Grund anschließen müssen.

Eine Aufschrift aus der Werkstätten-Inspektion lautet: Seit die Wintermonate vorüber sind, ist es auch mit der „Wohlfahrt“ zum großen Teil vorüber. Die Arbeiter der Revisionswerkstatt für Dampfwagen hatten es auch für eine Wohlfahrt, wenn sie ihren Kaffee, den sie von Hause mitbringen, zum Frühstück warm erhitzen können. Dazu bietet sich aber in dieser Werkstatt keine Gelegenheit: Sie müssen vielmehr ihren Kaffee kalt trinken, aber sie müssen in andere Werkstätten gehen und dort Gelegenheit suchen, um sich den Kaffee zu wärmen. Seit Anfang April gibt es keinen Dampf in dieser Werkstatt. Nur wenn gerade die Heizung der Wagen gepufft wird, ist Dampf vorhanden, sonst nicht. Es ist auch für die Arbeiter eine Wasserreinigung geschaffen worden mit warmer und kalter Leitung. Leider können sich die Arbeiter, die an Wägen, Maschinen und Drehbänken zu tun haben, die von Öl und anderem Schmutz ströken, nicht genügend reinigen, weil es kein warmes Wasser gibt. Es ist ekelhaft, wenn man die Arbeitstelle sieht. Oft sind große Haufen von Kot aus den Abteilen darauf zu finden, die im Innern der Werkstatt abgekratzt werden müssen. Die Leute müssen nicht nur diese ekelhaft erregenden Dünste einatmen, sondern kann auch wofol über viel ungenügend gereinigten Händen ihr Gesicht einreiben. Wenn warmes Wasser vorhanden wäre, so könnte auch unleres Eradens manche Krankheit vermieden werden. Dazu kommt noch, daß die Waschbecken wöchentlich nur einmal mit dem überrückenden Pulver gereinigt werden. Das Sparsystem wird auch auf Putzstoffe angewendet, die sehr oft zum großen Teil nur aus altem Bindfaden, durchsetzt mit Traht und Eisenspitzen besteht.

Der Präsident, wie jeden einer baldigen Abhilfe kanzend entlegen.

Einem ganz vernünftigen Vorschlag unterbreitet die fromme „Schlesische Volkszeitung“ in ihrer Nummer 407 Sr. Exzellenz, dem Herrn Major, Ministerpräsidenten, Reichskammer und Ritter des Schwarzen Adlerordens, Herrn Theobald von Westmann-Dalwitz. Eine „besondere Seite“ der „S. V. Z.“ befaßt sich nämlich mit dem internationalen sozialistischen Kongress in allermein und der mannhaften, charakteristischen Rede unleserlichen Ledebour, der bekanntlich gegen Krieg und für Frieden propagiert hatte. Nachdem nun die „besondere Seite“ der katholischen Lante auf Grund tiefgründiger juristischer Beweisführung festgestellt hat, daß alle Kongressmitglieder — Landesverwalter sind, führt sie auf Ledebours Rede zurück, folgendermaßen fort:

„Der Regierung des Herrn v. Westmann gebe ich aber einen guten Rat: Sie sucht immer und immer noch einer Parole für die Wahlen: Sie sollte in jeder Stadt, in jedem Dorf im weiten Deutschen Reich die Rede des Herrn Ledebour, die er auf dem Kongress gehalten hat, durch Anschlag bekannt machen und den entsprechenden Kommentar zu dieser Rede geben. Welcher wäre er auch angebracht, die allgemeine Bekämpfung, die sich der Redner über den Kongress, unter dem Beifall der deutschen Genossen, gegen den deutschen Kaiser leistete, ebenso launhaften. Dann würden Hunderttausende vor Scham erbleiben und sich bedanken, die Absichten und Pläne dieser Herren durch „Mitschneiden“ zu unterkütten! Mag die Regierung diesen Rat befolgen, er ist wahrlich nicht der schlechteste!“

Auch wir können Herrn Theobald keinen besseren Rat geben, als wie die „Schlesische Volkszeitung“, denn Ledebours Rede mit einem ähnlichen Kommentar macht hundert sozialdemokratische Wahlen überflüssig.

Was für Kohlenpreise bringt der Winter? Das vorzeitige Einsetzen der Herbstwitterung im laufenden Jahre läßt früher als sonst an die Vorbereitungen für den Winter denken. In Anbetracht der Tatsache, daß die Kohlenpreise bereits im vergangenen Winter relativ hoch waren, sind die Ausichten für den diesjährigen Winter nicht weniger als zerschlagen. Denn nur in den meisten Städten stehen die Detailpreise unter denen vom vergangenen Jahre, in den meisten sind sie ebenso hoch und in einigen stehen die diesjährigen Preise sogar noch über die des Vorjahres hinaus. In den verdienstlichsten Gegenden finden sich Großstädte, in denen die Preise sogar höher sind als 1909 und es kann wohl behauptet werden, daß diese Städte für die Bewegung der Preise in den umliegenden Distrikten vorangehen sind. Von den Städten, in denen die Kohlenpreise übermäßig hoch sind wie im Vorjahre sind, nennen wir Breslau, Frankfurt a. M. und Chemnitz.

Was Begriffs der Gastwirtschaft. Durch Drangzitation und polizeiliche Nachspürungen war in der Wohnung der Neumannschen Eheleute in Breslau festgestellt worden, daß dort öfter Personen nachts, die zum Teil der Polizei der galizischen und russischen Juden entkommen. Einmal waren es fünf Personen, einmal acht Personen usw. Gewöhnlich blieben diese Leute nur einen oder wenige Tage. Sie zahlten dafür ein Entgelt. Die Eheleute Neumann wurden daraufhin angeklagt wegen unzulässiger Ausübung der Gastwirtschaft. Das Landgericht in Breslau als Verurteilung in Bezug auf die Angeklagten auch zu Geldstrafen, weil sie ohne im Besitz einer Konzession zu sein, das Gastwirts-gewerbe ausübten hätten, und weil sie ferner den Vertriebs nicht zur Bewirtschaftung angemessen hätten. Für Veränderung wurde angeklagt: Bei Verurteilung der Sache komme in Betracht, daß die Wohnung für die Verhältnisse der Angeklagten zu groß und zu teuer gewesen sei. Das Gericht habe die Verurteilung angenommen, daß ziemlich oft dort jüdische ausländische Personen gegen Entgelt wohnend genötigt haben und daß Neumann bestreitet gewesen sei, darunter einen Verdienst zu ziehen. Durch Ausübung der Gastwirtschaft lagte er zu erwerben. Darüber ist keine Wohnung in den Preisen galizischer und russischer Juden als billige Herberge bekannt geworden. Demnach sei ein Gastwirtsbetrieb anzunehmen, für welchen eine besondere Konzession notwendig und eine Versteigerung zu erwirken war. Die Angeklagten sollten gegen Revision ein und machen geltend, der Begriff der Gastwirtschaft sei verkannt. Nur eine Verurteilung sei möglich, nicht aber, daß sie die Leute auch verpflichtet hätten. Es sei auch nur eine zu ihnen gekommen, die durch gemeinsame Religion und Staatsangehörigkeit mit einander verbunden gewesen seien. Es könne nicht gesagt werden, daß ihre Wohnung jedem offen gehalten habe. Das Kammergericht verweist aber die Revision auf Angeklagten.

Eine byzantinische Volksversammlung findet Mittwoch, den 14. September 1910, Abends 8 Uhr, bei Ribel in Partitieb statt. Tagesordnung: „Der Kaiser und das Volk“. Referent: Redakteur Albert-Breslau.

An unsere Inserenten! Die erfreuliche Entwicklung unseres Blattes hat eine Verlegung der Inseraten-Annahmestelle erforderlich gemacht. Diese befindet sich nun nicht mehr in der dritten Etage des Hinterhauses, sondern ist im Parterre des Vorderhauses Neue Gropenstraße 7 untergebracht worden. Der Eingang befindet sich im Hofe, rechts der Tuschfahrt.

Die Stadtverordneten-Kandidaten der Schellinger Vorstadt. In seiner alljährlichen Monatsversammlung beschloß die Ortsverein der Schellinger Vorstadt unter anderem auch mit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. Die Schellinger Vorstadt ist gegenwärtig vertreten durch die Verfassenen Stadtverordneten Dalesan, Ritter und Czaya, deren Parteianwartschaft, sowie die Gewerkschaft gegen die Interessen der Vorstadt nicht den Wünschen des Ortsvereins entspricht. Haben doch, wie der Vorsitzende, Taubstummenlehrer Pette ausführte die drei Stadtverordnete gegen die Kaiserbrücke, die vielfach erheerliche Verlegung des Magdalenen-Gymnasiums und anderer lokaler Wünsche des Ortsvereins gestimmt bzw. abgelehnt. Deshalb ist der Vorstand entschlossen, die Stadtverordneten Dalesan und Czaya abzulösen, d. h. zur Wiederwahl nicht vorzuschlagen — Stadtverordneter Ritter hat bekanntlich sein Amt niedergelegt — sondern präferiert seinen Mitgliedern und den Wählern der Schellinger Vorstadt als Kandidat Taubstummenlehrer Pette für die zweite Abteilung des vierten Bezirkes, Reglerstraße 24. Pette ist Lehramt für die dritte Abteilung des 24. Bezirkes und Hausandirektor Kapaport für die dritte Abteilung des 26. Bezirkes. Sie haben sich verpflichtet, keiner der kommunalpolitischen Parteien beizutreten, sondern „unbestimmt um Parteimeinungen“ zu votieren. Nach kurzer Debatte wurde von der Versammlung die Nominierung der drei erwähnten Kandidaten beschlossen und der vorgetragene Entwurf des Wahlauftrages gutgeheißen.

Eine Mutterberatungsstelle hat die zum großen Teil sozialdemokratische Stadverwaltungen in Delmenhorst (Großherzogtum Oldenburg) errichtet. Hundertfünf handelt es sich um einen ersten Versuch sowie um Gewinnung von Unterlagen, die Erweiterung dieser aber nur eine Frage der Zeit sein. Voraussichtlich findet die Sprechstunde am Freitag jeder Woche, Nachmittags von 2—3 Uhr, im W.-G.-Krankenhaus statt. Es wird dort von einem Arzte unentgeltlich an jede Mutter oder Pflegemutter Rat und Belehrung über die Pflege und Erziehung von Kindern bis zu einem Jahre erteilt. Die Kinder müssen jedesmal zur Untersuchung mitgebracht werden.

Ein Arbeiterkommissionär alias Seelenverkäufer. Vor dem Schöffengericht hatte sich am Donnerstag der frühere Stellenvermittler Bruno Braun von hier, Neuborstraße 8, wegen mehrfacher Verurteilungen zu verantworten. Welcher Sorte „Stellenvermittler“ dieser Herr anzugehören scheint, geht daraus hervor, daß ihm dieses Gewerbe durch Beschluß des Bezirksauschusses abgenommen werden mußte. Da er auch schon wegen unzulässiger Ausübung des Stellenvermittlungs-Gewerbes verurteilt ist. Das hinderte ihn aber nicht weiter, als „Stellenvermittler“ zu fungieren, nur legte er sich den neuen Titel „Arbeiterkommissionär“ bei. Er ließ im August d. J. in der „Deutschen Tageszeitung“ Inserate los, in denen er Galizier, Ruthenen, Polacken u. a. zu billigen Preisen und zum sofortigen Antritt als Arbeiter anbot. Von einem Arbeiterkommissionär, der sich darauf an den Herrn „Arbeiterkommissionär“ wendete, beschaffung fremdändlicher Arbeiter wandte, ließ er sich 88 Mark Voranschlag geben, ohne sich um die Beschaffung der Arbeiter im geringsten zu kümmern. Ihm war es dabei nicht etwa darum zu tun, das Agrarvermögen zu schädigen — betriebe nicht! — nein, er hat auch früher, während er noch im Besitz des Vermittlungs-Gewerbes war, sich nicht gekümmert, das Vertrauen auch solcher Leute zu mißbrauchen, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren und weder lesen noch schreiben konnten. Das hob der Staatsanwalt in seinem Mahdort besonders hervor. Ferner bemerkte er, daß es unverantwortlich sei, wenn ein Stellenvermittler an Leuten, die jeder Kultur entbehren, seinen Geldbeutel zu bereichern sucht. Das habe aber der Angeklagte, der ihm (dem Staatsanwalt nämlich) nicht unbekannt ist, früher wiederholt getan, weswegen auch eine ganze Reihe Ermittlungen- und Strafverfahren gegen Braun schon eingeleitet werden mußten. Gerade im Stellenvermittlungs-Gewerbe, so fuhr der Staatsanwalt fort, können die meisten unrellel Maschinenbauvorrichtungen auch bei diesem Gewerbe äußerst reich an Gelegenheiten, „Winkelzüge“ zu machen, was ihm aus seiner Staatsanwaltschaftspraxis nur zu gut bekannt sei.

Dem Angeklagten wurden noch zwei weitere Betrugsfälle zur Last gelegt. In dem einen Falle hatte er einen Fabrikbesitzer fast auf dieselbe Art wie den Rittergutsbesitzer geschädigt indem er sich auch unter der Vorspiegelung, Leute beschaffen zu können, Provisionen erschwindelte. In dem anderen Falle an demselben, ebenfalls in der „Deutschen Tageszeitung“, Kauf der Kasse Obf Rollen, auf welche Annonce ein schlesischer Obf-pächter hinwirkte. Braun ließ sich einen großen Posten Obf kommen, entpuppte sich aber hinterher zum großen Leidwesen des Obf-pächters — eines Amtsgerichtsbekleideten aus der Provinz — als fauler Schuldner. Wegen all dieser Straftaten erhielt der Herr „Arbeiterkommissionär“ einen Monat Gefängnis ausbleibt. Wegen eines anderen gegen ihn schwebenden Strafverfahrens sitzt er übrigens schon länger. Zeit in Untersuchungshaft. — Der Gauner kommt immer noch sechs Mal besser weg, als wenn er preukische Polizisten beleidigt hätte. . . .

Der Tischlermeister Bruno Burian aus Mischwitz bei Tschansch ist der Meinung, daß nur aus einem gut gebrügten Lehrlingen auch ein tüchtiger Geselle hervorgehen kann. Er hält es deshalb für eine unabweisbare Meisterpflicht, seinem 16jährigen Lehrling hin und wieder eine „erfrischende Tracht Prügel“ anzudehen zu lassen, wogegen er ungeniert Gegenstände gebraucht, die nach dem Strafgesetzbuch als gefährliche Werkzeuge gelten. Kürzlich beschloß der Lehrling seine Schwerkette und kam deshalb ab Abend etwas später als sonst heim. Wegen dieses furchtbaren Vergehens griff Burian nach einer vierkantigen, dreihundertfünfundzwanzig Zoll Solzlatte und schlug damit den jungen Lehrling nicht weniger denn 15 Mal derart über den Rücken, daß die Latte dabei entzweielt und (wie das ärztliche Attest besagte) 15 blutunterlaufene Streifen auf dem Rücken des Lehrlings die Folge dieser Prozedur waren. Wegen dieser ungemäßigten röhren und im höchsten Grade verwerflichen Handlungsweise wurde der Vater des Mißhandelter gegen Burian Straf-antrag wegen gefährlicher Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht, welche am Donnerstag stattfand, bestritt Burian bei der Blüßigung eine Solzlatte gebraucht zu haben. Vielmehr gab er an, „nur“ mit einem Rohrstock geschlagen zu haben, welchen er lauter in Zeitungspapier eingehüllt, zum Termin mitbrachte und dem Gericht gegenwärtig als Beweisstück präsentierte. Mit diesem Stock — der in Wirklichkeit einen kräftigen Ochsentriebhakenpaßel darstellte — will er den Lehrling „nur“ sanft über den Rücken geschlagen haben. Ja, er erbot sich sogar, dem Gerichtshof einmal vorzulegen, mit welcher Konstanz er die Blüßigung vorgenommen habe, was lautes Gelächter im Justizsaal hervorrief. Das Gericht beurteilte ihn unter Berücksichtigung mildernde Umstände (!) zu nur 5 Mark Geldstrafe. Wie sich der Meinung, daß solche milde Bestrafungen durchaus nicht dazu angetan sind, der rechten Bestrafungswelt gegenüber dem Täter gegenüber ihren Lehrlingen etwas Einhalt zu tun.

Arbeiterinnenchuh in Werkstätten und Fabriken.

Vom 1. Januar 1910 an dürfen Mädchen und Frauen in allen gewerblichen Betrieben mit regelmäßiger zehn Personen nicht länger als zehn (früher elf) Stunden täglich arbeiten. Für alle diese Betriebe gilt ferner, daß die Arbeitszeit Sonnabends und vor einem Feiertage nur acht Stunden betragen darf und um 5 Uhr Nachmittags beendet sein muß. In der Nachtzeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr früh dürfen Mädchen und Frauen nicht beschäftigt werden, außerdem nicht in den 14 Tagen vor und 8 Wochen nach einer Entbindung. Die Arbeiterinnen, die zehn Stunden in der Werkstatt gearbeitet, dürfen keine Arbeit nach Hause mitnehmen: für Sonn- und Feiertage ist das überhaupt verboten.

Beschwerden über Verletzung dieser im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Mädchen und Frauen geschaffenen gesetzlichen Vorschriften sind an folgende Gewerkschaften mündlich oder schriftlich zu richten, die dann dafür sorgen, daß die Mißstände beseitigt werden.

Hrl. S. Kerner, Nikolaistraße 18/19, Frau Seibold, Stolzstraße 1, Frau M. Bahn, Ritterplatz 5.

Mädchen und Frauen! Handelt nicht um Euer Maß und Weisheit. Kämpft unabläßig, damit das Gesetz überall beachtet wird.

Vom Hochwasser.

Die einlaufenden Hochwasser-Meldungen lauten immer bedrohlicher. Schon jetzt scheint festzustehen, daß der diesmalige Hochwasserstand nicht nur den von 1907 überschreiten, sondern dem vom Juli 1903 gleichkommen wird. Die erhoffte Aufweitung hat sich nur für kurze Zeit gezeigt, um bald neuen Regengüssen zu weichen. In Ratibor stand die Oder gestern Mittag 6,80 Meter und stand demnach nur 55 Zentimeter unter dem Höchststand von 1903. Die Glaser Meise hatte gestern in Meise mit 4,96 Metern ihren vorläufigen Höchststand erreicht und war um 20 Zentimeter hinter dem Stande von 1903 zurückgeblieben. Nach amtlicher Mitteilung wird der Scheitel der Hochwasserwelle der Glaser Meise mit dem Scheitel der Hochwasserwelle der Oder zusammenzutreffen. Es ist demnach unterhalb der Meisemündung ein Hochwasser zu erwarten, das dem von 1903 gleichen wird. In Breslau wird der Höchststand der Oder in der Nacht von Sonntag an Montag eintreten.

Von Trappitz an wächst die Oder sehr stark, sie ist momentan in Wriege ganz bedeutend gesunken. Donnerstag Nachmittag 5 Uhr betrug der untere Pegel 5,18 Meter, Freitag früh dagegen schon 6,11 Meter. Bei Löwen hat die Glaser Meise Freitag Morgen von 4 bis 6 Uhr den Höchststand mit 6,05 Meter erreicht. Im Jahre 1903 erreichte das Wasser hier die Höhe von 6,02. Der diesjährige Hochwasserstand übersteigt also den von 1903 bereits um 3 Zentimeter. Infolgedessen haben die Deiche oberhalb Löwen nicht stand halten können und es sind Brüche verschiedentlich erfolgt. Der Ort Löwen ist vollständig überschwemmt. In den Straßen wird der Verkehr mittels Rähnen aufrecht erhalten. Von Meise wird ein andauerndes Fallen des Wassers gemeldet.

* Die siebenklassige Volksschule. Der Kampf, der zwischen den Anhängern der sieben- und derjenigen der achsstufigen Volksschule seit längerer Zeit tobt, dürfte, wie der „Tägl. Kor.“ aus Schulkreisen erzählt, zu Gunsten der Anhänger des siebenstufigen Systems entschieden werden. Die mangelhafte körperliche und geistige Beschaffenheit der Volksschulkinder macht nach Auffassung aus letzter Zeit die Zurückstellung von etwa 10 Prozent aller Schulkinder für die Dauer eines halben oder ganzen Jahres nötig. Diese 10 Prozent können die oberste Klasse beim achsstufigen System nicht mehr erreichen. Dagegen wäre dies noch bei dem siebenstufigen möglich. Die gesunden Kinder aber könnten bei zweijährigem Besuch der ersten Klasse den Grund zu einem festen Wissen legen. Die Wichtigkeit der Wiederholung wird nicht bestritten — repetitio est mater studiorum. Dem Verlangen der Anhänger des achsstufigen Systems, die Kinder, die erst mit 6 1/2 oder 7 Jahren eintreten, bis zu 14 1/2 oder 15 Jahren die Schule besuchen zu lassen, kann schon aus sozialen Gründen nicht entsprochen werden.

Auf dem Zweiten internationalen Kongress für Volksschulunterricht, der kürzlich in Paris tagte, wurde strenge Durchführung der Befehle über Schulzwang, unentgeltliche Bieferung von Kleidung und Nahrung für arme Schulkinder und Verbot jeglicher Kinderarbeit gefordert, um nach Möglichkeit zu vermeiden, daß Schüler nicht alle Klassen durchlaufen können. Diese Möglichkeit aber erscheint bei dem achsstufigen Systeme nach den bisherigen Erfahrungen noch geringer.

* Eine interessante Belastungsprobe der Kaiserbrücke fand am gestrigen Donnerstag Nachmittag gegen 5 Uhr durch etwa zehn Wagen der Sächsischen Straßenbahn und einen Motor der Größelbacher Bahn statt. Es waren sechs Motorwagen und vier Lohndruckwagen, die durch Belastung mit Schienen und Sand ein ungewöhnlich hohes Gewicht erhalten hatten. Diese Wagen fuhren nun einzeln, dann zu mehreren und endlich gleichzeitig über die Kaiserbrücke, wobei sie etwa in der Mitte der Brücke längere Zeit halt machten. — Wie verlautet, ist die offizielle Belastungsprobe — die gestrige war nur so eine Art kleiner Versuch — für den heutigen Tag angelegt. Bei der gestrigen Probe soll sich herausgestellt haben, daß die Schwingungen der Brücke trotz der größten Spannung bedeutend schwächer sind als die der Kaiserbrücke. Dieses günstige Ergebnis ist auf den starken Verankerungspunkten zurückzuführen. Die heutige Belastungsprobe soll mit acht Straßenbahnwagen zu je drei Wagen ausgeführt werden. Jeder Wagen wird durch Belastung mit Schienen und Schienenverbindungsstücken auf ein Gewicht von 12 Tonnen gebracht, so daß die Brücke mit 288 Tonnen oder 5 780 Kilogramm belastet wird. Außerdem sollen die Automobilschlepper der Größelbacher Bahn an der Probe teilnehmen.

* Neuer Stadtrat. Mit Stadtratswahlen beschäftigte sich gestern der Wahl- und Verfassungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung. Es wurde beschlossen, für die Besetzung einer der drei vakanten unbesetzten Stadtratsstellen der Stadtverordnetenversammlung die Wahl des Meisters a. D. Dr. Friedrich Verla zu empfehlen.

* Zur Entwicklung des nördlichen Stadtteils. Der Fehmarnweg wird nach der Oder zu aufgeführt. Hinter der Wilschkestraße sind bereits auf dem Damms zu mehrere Neubauten aufgeführt. Die neue Straße erhält hier zwei Fahrspuren mit Fußgängerwegen, dazwischen läßt die Stadt jetzt Gartenanlagen herstellen mit Fußgängerwegen. So wird die Gegend prächtig verschönert.

* Im Tuberkulose-Museum findet Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, die letzte Vorführung mit Erläuterungen von Herrn Dr. med. Ulrich Brund statt; Eintritt 10 Pf. Bis 7 1/2 Uhr Eintritt frei. Sonntag ist die Ausstellung zum letzten Male von 11—5 Uhr ohne Unterbrechung freizugänglich zu besichtigen.

* Achtung, Eisen-, Metall- und Revolverdieber. Sonntag, den 11. September, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftsauses, Margaretenstraße 17, eine Branchen-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Philipp über „Gemeindefürsorge“. 2. Ertragwahlen zur Branchenleitung.

* Lieblich's Stabilmoment. Heute, Freitag, den 9. September, beginnt der Vortragskurs an der Sonntag, den 11. September, stattfindenden Nachmittags-Vorstellung.

* Missethäter Leichenfund. Vor einigen Tagen wurde im Walde bei Tschelnitz, Kreis Breslau, die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden. Sie befand sich in aufmerksamer Stellung an einer Baumstamm gelebt. Der Tod war durch einen Schuß in den Kopf herbeigeführt worden. Die Leiche mag schon etwa 5 Monate lang dort gelegen haben. Bei ihr wurden über 800 Mark Geld in deutscher und österreichischer Münze vorgefunden; daneben fanden sich feineres Tabak vor. Ein Raubmord ist nach alledem ausgeschlossen und es bleibt bisher das Motiv der Mordtat rätselhaft.

* Fahrrad Diebstähle und kein Ende. In den letzten Tagen wurden folgende Fahrräder gestohlen: Welt Nr. 71,104, Mosquito Nr. 217,087, Britaner Nr. 64,427, Excelsior Nr. 1,593, Minerva Nr. 378,421, Rhönomen Nr. 82,496, ferner Brennabor, Weltlad, Apollo und Korona ohne Nummer.

* Gesunden wurden ein Regenschirm, eine Perrenuhr, zwei Damenuhren, zwei Portemonnaies mit Inhalt, zwei Vincenz und zwei Handtäschchen mit Inhalt. — Ingefliegen ist ein gelber Zwergpapagei. In erfragen im Hundebureau.

Neueste Nachrichten.

Zu spät!

Berlin, 9. Sept. Ein reines Geschäft legt die freilauterliche Luft ab; sie schreibt: „Es wird jetzt wohl kaum noch ernstlich bestritten werden können, daß die Ablehnung der Erbkassationssteuer im vorigen Sommer ein schwerer politischer Fehler war. Durch diesen Beschluß hat sich die Mehrheit des Reichstags dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, bei der Besteuerung des Vermögens der verstorbenen Teile der Bevölkerung ungleich behandelt und einen Teil der wohlhabenden Klassen mit höherer Belastung rechnen zu haben.“ Die späte Einsicht wird den Herrschaften nicht mehr nützen.

Aufgehobene Ausweisung.

Am 8. September. Das Oberlandesgericht erklärte die Ausweisung des dänisch gestrichenen Bankdirektors Müller in Scherzbecken, den die Verwaltungsbehörde als Opiumschmuggler betrachte, als unrichtig und hob die Verurteilung wegen unerlaubter Rückkehr auf.

Kainz liegt im Sterben.

Wien, 9. September. Zum Krebs ist jetzt die längst erwartete Art erkrankt hinzu getreten. Der Reichstag ist auffallend kräftig. Der Minister unterzieht sich gestern ziemlich lebhaft mit seiner Frau. Ein Ohnmachtsanfall wurde durch Kampfeinjektion bekämpft.

Der erste Luft-Zusammenstoß.

Wien, 9. September. Auf dem Flugplatz von Wiener Neudorf ereignete sich gestern Nachmittag ein aufregender Zwischenfall. Der aeroplane des bekannten österreichischen Piloten Karl Wachalowski lief in der Luft mit dem Apparat seines Vuders, des Direktors Adolf Bachalowski, zusammen, der als Passagier den Erzherrzog Saluator aufgenommen hatte. Der Apparat des Adolf Bachalowski blieb unbeschädigt, so daß der Erzherrzog mit dem Schreden davonkam. Dagegen stürzte Karl Wachalowski ab und zog sich einen Bruch des Unterlebens zu. Der Apparat wurde zertrümmert.

Paris, 9. September. Der Aviatik Chaves stellte gestern einen neuen Höhen-Welt-Rekord auf, indem er mit seinem Apparat eine Höhe von 2680 Meter erreichte. Morane erreichte vorige Woche 2580 Meter.

Grubenbrand.

London, 9. September. Ein Brand in den Kohlengruben von Vantbradock in der Nähe von Cardiff hat sämtliche elektrische Leitungen und Maschinen zerstört, so daß die Grube 1 bis 2 Monate nicht geöffnet werden müssen.

Fürsorge für schweizerische Wöchnerinnen.

Zürich, 8. September. Der Stadtrat schlägt der Gemeinde vor, Wöchnerinnen, die wenigstens ein Jahr lang hier wohnen, und auf ein Einkommen von nicht mehr als 2000 Fr. ohne Vermögen angewiesen sind, den unentgeltlichen Besuch der kantonalen Frauenklinik zu gestatten. Der Kanton soll die Erweiterung der Klinik einen jährlichen Beitrag von 400,000 Fr. leisten.

Singerichete Führer der Revolution.

Belgrad, 8. September. In Belgrad hat man mehrere Führer der letzten Revolution aufgehängt. Unter den Singericheten befinden sich die Russen Kabač und Krasin-Apač, ferner der Baidaroff von Ostrova und verschiedene andere Russen. Alle diese Singericheten verübten die feinerzeit gemeldeten Massaker der Serben in der Türkei.

Die Türkei mobilisiert.

Belgrad, 8. September. Man meldet aus Uesküb, daß die türkische Regierung die Mobilisierung aller Reservisten der drei Armeekorps in der europäischen Türkei angeordnet habe und daß diese Mobilisierung bereits begonnen habe.

Massenvergiftung.

Sofia, 9. September. (S. T. B.) Sämtliche 19 Offiziere des Infanterieregiments von Orhanie, das zusammen mit den Sofianer Regiments Divisionen abkommandiert, sind gestern nach dem Essen offenbar an Vergiftungserscheinungen, schwer erkrankt. Man geht voraus, daß die Vergiftung durch unzureichende Kochgeschirre verursacht worden ist.

Explosion auf dem Kriegsschiffe.

Korsika, 9. September. Bei der Explosion auf dem Kriegsschiff „North Dakota“ wurden 1000 Mann getötet. Die Nachrichten über den Umfang der Katastrophe, die durch die Explosion eines Schiffes erfolgte, widersprechen sich. Nach den letzten eingetroffenen Nachrichten sollen sieben Personen umgekommen und gegen 100 verletzt worden sein. Von den Verwundeten wird offiziell die Zahl der Toten nur auf fünf und die der Verwundeten auf 11 angegeben. Nach weiteren Meldungen ist der Name des Kriegsschiffes nicht „North Dakota“, sondern „North Dakota“.

North Dakota“ wird berichtet, daß nach den neuesten Nachrichten die Zahl der Toten sich auf 16 beläuft und auch die Zahl der Verwundeten außer 11, als angenommen wurde. Man schätzt die Zahl der Verwundeten auf mindestens 100.

Unruhen in den Vereinigten Staaten.

New York, 9. September. In einem Interview, das die Blätter veröffentlichten, erklärte der Gesandte der Republik Panama in New York, Marib, daß Panama eine Aufforderung der Vereinigten Staaten erhalten habe, daß, wenn Panama nicht den Bestimmungen der Washingtoner Konvention gehorcht, die Vereinigten Staaten sich gezwungen sehen könnten, einen Teil von Panama zu besetzen oder Panama ganz zu annektieren.

Wilhelmshaven, 9. September. Wegen Raubverrats ist hier ein Photograph verhaftet worden.

Moskau, 9. September. Der Obermeister von Döessa hat verboten, „Erdbeben-Gala 608“ im städtischen Krankenhaus anzuwenden, da Professor Ehrlich ein Jude sei! Dieser Antisemit ist wenigstens eben so konsequent wie blöde. Weiblich soll denn auch wirklich die gemalte Erfindung eines jüdischen Wohlthäters der Menschheit gerade den barbarischen russischen Judenverfolgern anzukennt?

Wien, 8. September. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge hat Abgeordneter Dr. Gekmann infolge der Annahme des Deutschen Volksklattes seine Stelle als Präsident der Wiener Bankdirektoren niedergelegt.

Paris, 9. September. „Journal“ berichtet aus Tunis: Zwei Gefangene, die mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt waren, sind gestern geflüchtet. Schützen, begleitet von Arabern, wurden mit der Verfolgung der Flüchtlinge beauftragt. Diese waren bald so erschöpft, daß sie eingeholt wurden. Beide wurden sofort durch Schüsse in den Rücken getötet. In der Bevölkerung herrscht deshalb große Erregung.

Chicago, 8. September. Die kalifornische Legislatur nahm verschiedene Gesetzesentwürfe an, denen zufolge infolge 17 Millionen Dollar für die geplante Weitausgabe im 1915 in San Francisco flüssig gemacht werden.

Nach dem Genuß verdorbener Lebensmittel gestorben. Nach dem Genuß von Pralinfüssen und eingeleptem Honig erkrankte das Ehepaar Köpfer in Darmstadt. Beide wurden in das Stadtkrankenhaus überführt, wo die Frau bereits verstorben ist, der Mann liegt hoffnungslos darnieder.

Epidemie in Brüssel. Hier ist in den letzten 48 Stunden eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. Am St. Johann-Spital werden 30 und im St. Peter-Hospital 70 Kranke verpflegt. 2 Personen sind bereits gestorben. Die Epidemie ist auf den Genuß roher „Kaisers“ zurückzuführen, die gerade in den zahlreich bevölkerten Stadtteilen in großer Anzahl genossen werden.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns: Pegel, Höhe, Datum, etc. showing water levels at various stations along the Oder river.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Freitag, den 9. September: Stenographen. Zimmer 3. Gewerkschafts-Komitee. Zimmer 2. Sonnabend, den 10. September: Banarbeiter-Verband. Sitzung im Saale. Schwimmverein „Poseidon“. Versammlung. Vorkammer. Lithographen und Stein drucker. Versammlung. Zimmer 1. Lederarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. Buchbinder. Versammlung. Vortrag. Die Verurteilung unseres Vorkämpfers. Sitzungsfest und Werkstätten-Angelegenheiten. Zimmer 2. Sonntag, den 11. September: Maler. 4 Uhr. Sitzungsfest im großen Saale. Dreher. Vormittags 10 Uhr. Zimmer 2. Klempner. Versammlung. Vormittags 10 Uhr. Zimmer 3. Eisenarbeiter. Vormittags 10—12 Uhr: Kassenstag. Zimmer 7. Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Zahlabend ist Montag, 12. September, Abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen. Verhandelt wird u. a. über die Stadtverordneten-Wahlen; es gilt besonders die Wähler zu gewinnen, die nötig sind, um die Arbeiter schnell und gründlich zu befragen. Distrikt 1 (Wahl) Kronprinzstr. 44, Ref. Gen. Rother. 2 (Sauerbrunnen) Viktoriastr. 34, Ref. Gen. Kentsch. 3 (Gräblich, Dorf) Gräblich Str. 74, Ref. Gen. W. Datz. 4 (Kulienstr.) Kulienstr. 12, Ref. Gen. W. Datz. 5 (nördl.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 6 (Nikolaistr.) Schweizerstr. 23, Ref. Gen. Rother. 7 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 8 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 9 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 10 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 11 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 12 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 13 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 14 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 15 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 16 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 17 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 18 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 19 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 20 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 21 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 22 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 23 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 24 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 25 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 26 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 27 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 28 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 29 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig. 30 (Kulienstr.) Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Brosig.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler kaufen Sie rasch und billig bei Paul Hauschild Jr., Eisenwarenhandlung, Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute erhalten die beste Arbeiter-Konfektion zu billigsten Preisen. Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmstr. 88.

Zigarren-Import Moritzstrasse 42, Ecke Galtzstrasse. Filiale Galtzstrasse 7, Ecke Götzenstrasse. Rauch-, Kau- und Schnapftabak-Niederlage. Inhaber: P. Schneider.

Brieg

Arbeiter-Konfektion, Neumann, M., Poststr. 1, P. K. Postl. Backwaren und Konditorien, Hildebrand, Karl, Poststr. 57. Sommer, A., Poststr. 88. Köbler, Hermann, Poststr. 46. Kudell, Herm., Poststr. 4. Smöler, Poststr. 46.

Er scheint Binol wädertlich.

Freiburg

Uhren, Gold u. Silberwaren, Otto, Carl, Poststr. 51, per. Scholz, Hermann, Poststr. 10. Backwaren und Konditorien, Gubert, Bruno (Konsumvertrieb). Bier-Brauereien, Vereinigte Freiburger Brauereien, Drogen, Farben, Seifen, Parfümerien, Bläthle, Ernst, Konsumvertrieb.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Jauer

Kellern, Parfümerien, Neumann, Rudolf, Goldbergerstr. 26. Herren- und Damenkonfektion, Wipperfurth, Carl, Poststr. 10. Mineralwasserfabrik u. Bierbrauerei, Engel, H., Poststr. 25. Zigarren und Zigaretten, Wöllner, Paul, Poststr. 19.

Ohlau

Kleiderstoffe, Herren- u. Damen-Gard., Denon, N., Poststr. 10. Lederhdlg., Schuh- u. Sattl.-Bed.-Art., Struph, J., Poststr. 10. Margarine, Kaffee, Zigarren, Meißel, Paul, Ring 32. Putz, Weiss- und Wollwaren, Gehr, Carl, Poststr. 26. Zigarren, Zigaretten, Tabake, Schmidt, Paul, Steinweg 5.

Klettendorf

Berufskleidung, Unverricht, Paul, Poststr. 10. Arbeit- und Berufskleidung, Göttsche, J., Poststr. 76. Backwaren u. Konditorien, Langebach, Heinrich, Poststr. 55.

Liegnitz

Abzählungs-Geschäfte, Dorn, Carl, Poststr. 28. Alkoholfreie Getränke, Trinitäts- u. W. S. S. Arbeit- und Berufskleidung, Göttsche, J., Poststr. 76. Backwaren u. Konditorien, Langebach, Heinrich, Poststr. 55.

Peiesterwitz

Backwaren, Griebel, W., Poststr. 10. Gemischtwaren, Rinal, Gust., Poststr. 10. Schmiedeberg, Gemischtwaren, Wäsche, Tricot, Herrenartikel, Grammel, C., Poststr. 10.

Schmiedeberg

Gemischtwaren, Wäsche, Tricot, Herrenartikel, Grammel, C., Poststr. 10.

Strehlen

Drogen und Farben, Hoffmann, J., Poststr. 10. Herren- u. Knaben-Garderobe, Brinitzer, Carl, Poststr. 10. Kaufhäuser, Zentral-Kaufhaus (billig und gut).

Grinitzer

Herren- u. Knaben-Garderobe, Brinitzer, Carl, Poststr. 10. Kaufhäuser, Zentral-Kaufhaus (billig und gut).

Striegau

Eisenwaren, Hähne, Eisen, Scholz, Carl, Poststr. 14. Fahrrad, Nähmaschinen, Bücherei, Poststr. 37. Galanterie, Spielwaren, Haushalt-Art., Mühlert, G., Poststr. 9.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Abzählungs-Geschäfte, Gruber, O., Poststr. 18. Alkoholfreie Getränke, Meier, Hermann, Poststr. 20.

Herren- u. Knaben-Garderobe

Wohl, Eugen, Poststr. 27. Holz- u. Leinwandhandlung, Müller, Carl, Poststr. 10.

Bach, Frh.

Kolonial- und Gemischtwaren, Sandhülle, G., Poststr. 10. Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Gehr, Carl, Poststr. 26.

Warschauer, S.

Schuhwaren und Schuhmacher, Gehr, Carl, Poststr. 26. Wäsche, Leinwand, Herrenartikel, Meißel, Paul, Poststr. 32.

Goldberg

Herren- u. Knaben-Garderobe, Waagner, Paul, Poststr. 10. Werkzeuge, Eisenwaren, Stübner, Victor, Poststr. 10.

Haynau

Herren- u. Knaben-Garderobe, Scholz, Carl, Poststr. 10. Kaufhäuser, Zentral-Kaufhaus (billig und gut).

Hirschberg

Bau- und Möbelschreiner, Ehrenberg, Reinhold, Poststr. 3. Bilder, Spiegel, Uhren, Musikwerke, Rediger, H., Poststr. 14.

Milke, G. A.

Drogen und Farben, Krogner, August, Poststr. 53. Fahrrad, Nähmaschinen, Reiser, O., Poststr. 26.

Otsch-Lissa, Stabelwitz

Brauereien und Restaurateure, Goltz, Heinrich, Poststr. 10. Metzgerei, Goltz, Heinrich, Poststr. 10.

Heinze, Bruno

Herren- u. Knaben-Garderobe, Heinze, Bruno, Poststr. 10. Herren- u. Damenwäsche, Ciegel, Gust., Poststr. 10.

Hildebrand, Karl

Kleiderstoffe, Hildebrand, Karl, Poststr. 57. Putz, Weiss- u. Wollwaren, Meißel, Paul, Poststr. 32.

Sarg- und Möbelmagazin

Sarg- und Möbelmagazin, Sarg- und Möbelmagazin, Poststr. 10.

Schwarz, Carl

Schwarz, Carl, Poststr. 43.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Schrabeck, E.

Möbel-Magazin, Schrabeck, E., Poststr. 19.

Siegel, H. & Sohn

Uhren- und Goldwaren, Siegel, H. & Sohn, Poststr. 12.

Glogau

Alkoholfreie Getränke, Trinitäts- u. W. S. S. Schuhwaren und Schuhmacher, Bürger, August, Poststr. 55.

Goldberg

Herren- u. Knaben-Garderobe, Waagner, Paul, Poststr. 10.

Haynau

Herren- u. Knaben-Garderobe, Scholz, Carl, Poststr. 10.

Hirschberg

Bau- und Möbelschreiner, Ehrenberg, Reinhold, Poststr. 3.

Milke, G. A.

Drogen und Farben, Krogner, August, Poststr. 53.

Otsch-Lissa, Stabelwitz

Brauereien und Restaurateure, Goltz, Heinrich, Poststr. 10.

Heinze, Bruno

Herren- u. Knaben-Garderobe, Heinze, Bruno, Poststr. 10.

Hildebrand, Karl

Kleiderstoffe, Hildebrand, Karl, Poststr. 57.

Sarg- und Möbelmagazin

Sarg- und Möbelmagazin, Sarg- und Möbelmagazin, Poststr. 10.

Schwarz, Carl

Schwarz, Carl, Poststr. 43.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Freiburg

Uhren, Gold u. Silberwaren, Otto, Carl, Poststr. 51, per. Scholz, Hermann, Poststr. 10. Backwaren und Konditorien, Gubert, Bruno (Konsumvertrieb).

Klettendorf

Berufskleidung, Unverricht, Paul, Poststr. 10. Arbeit- und Berufskleidung, Göttsche, J., Poststr. 76.

Liegnitz

Abzählungs-Geschäfte, Dorn, Carl, Poststr. 28. Alkoholfreie Getränke, Trinitäts- u. W. S. S. Arbeit- und Berufskleidung, Göttsche, J., Poststr. 76.

Strehlen

Drogen und Farben, Hoffmann, J., Poststr. 10. Herren- u. Knaben-Garderobe, Brinitzer, Carl, Poststr. 10.

Grinitzer

Herren- u. Knaben-Garderobe, Brinitzer, Carl, Poststr. 10. Kaufhäuser, Zentral-Kaufhaus (billig und gut).

Striegau

Eisenwaren, Hähne, Eisen, Scholz, Carl, Poststr. 14. Fahrrad, Nähmaschinen, Bücherei, Poststr. 37.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Horren-Garderobe

Horren-Garderobe, Semper, A., Poststr. 3. Silbermann, M., Poststr. 10.

Silbermann, M.

Silbermann, M., Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Kolonial- und Gemischtwaren

Kolonial- und Gemischtwaren, Bergmann, Ernst, Poststr. 27.

Friedland

Backwaren und Konditorien, Gubert, Bruno (Konsumvertrieb).

Gottesberg, Folhammer

Backwaren und Konditorien, Gubert, Bruno (Konsumvertrieb).

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant, Waldenburger Industrierevier, Poststr. 10.

Sonnabend, den 10. September 1910.

8. Internationaler Genossenschafts-Kongress.

Hamburg, den 6. September 1910.

Zweiter Verhandlungstag.

Der 8. Internationale Genossenschaftskongress trat am Dienstag in die Erlebung seiner sachlichen Tagesordnung ein und beschäftigte sich zunächst mit der Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft. Ueber das Konsumgenossenschaftswesen berichtete der internationale Sekretär Dr. Müller-Zürich. Er schilderte die Ausbreitung gerade der Konsumvereine und im Anschluß daran die Entwicklung der Eigenproduktion sowie den Zusammenstoß zu Zentralverbänden in den einzelnen Ländern. Ausführlich besprach er die Frage, ob die Konsumgenossenschaften auch ihre Verbände sich grundsätzlich von allen Dingen, die nach Politik schmecken, fernhalten sollen oder ob der Anschluß an eine bestimmte politische Partei und die Politisierung der Konsumvereine eine unausweichliche Konsequenz ihrer natürlichen Entwicklung ist. Er führte dabei aus: Wohl sämtliche Genossenschaftler sind sich darin einig, daß die Genossenschaften in ihrer gegenwärtigen Gestalt den Staat zur Voraussetzung haben. Sie können nicht entstehen und sich nicht entwickeln, wenn der Staat sie nicht anerkennt. Eine Grundbedingung für die Bildung von Genossenschaften ist die Anerkennung des Rechts der Bürger durch den Staat, sich zu vereinigen, die sogenannte Assoziations- oder Quationsfreiheit. Wo diese fehlt und durch die Gesetze nicht geschützt ist, kann es keine genossenschaftliche Entwicklung geben. Das Genossenschaftswesen beruht also auf staatlichen Gesetzen, auf einer bestimmten Rechtsordnung. Die staatliche Rechtsordnung ist aber eine Schöpfung der Politik. Die Politik ist die rechtliche Grundlage der Genossenschaften, auf der das Genossenschaftswesen ruht, und bestimmt dadurch auch in hohem Grade das Tempo seiner Entwicklung. Niemand wird nun behaupten wollen, daß die Genossenschaftler nicht ein Interesse daran hätten, wie die Grundlage beschaffen ist, auf der sich ihr gesamtes Wesen aufbaut, und in welcher Art diese Grundlage gegebenenfalls verändert werden soll. Sie haben demnach fraglos auch politische Interessen. Sollen sie sich um diese nun wirklich nicht kümmern dürfen? Ich denke denn doch, daß sie dazu alle Veranlassung haben. Gesetzt den Fall, daß im Staate sich Bestrebungen geltend machen, die darauf abzielen, die Gründung von Konsumvereinen zu verbieten und die bestehenden aufzulösen, würden wir durch irgend einen Grundgesetz oder eine vernünftige Erwägung verpflichtet sein abzuwarten, bis unsere Gegner mächtig genug werden, die Resultate lahmzettelanger Arbeit von Millionen von Volksgenossen mit einem Schlage zu vernichten? Ich glaube im Gegenteil, wir wären verpflichtet, energisch derartige Bestrebungen zu bekämpfen und alles aufzubieten, um eine uns schädigende Veränderung der Rechtsordnung zu verhindern. Aber dann trüben wir zweifellos Politik. In einer grundsätzlichen Verpflichtung, und jeder politischen Betätigung zu enthalten, kann also vernünftigerweise nicht die Rede sein. Die politische Abstimmung dürfen wir nicht als genossenschaftlichen Grundgesetz proklamieren, denn das wäre genossenschaftlicher Selbstmord. Es erhebt sich aber die Frage, wie wir die Interessen unserer Bewegung gegebenenfalls politisch wahrnehmen sollen. Zweifellos sind wir berechtigt, überall dort unseren politischen Einfluß geltend zu machen, wo durch die Gesetzgebung berührt wird, unsere Genossenschaften in ihrer freien Entwicklung zu hemmen. Das kann aber nicht durch direkte Genossenschaftsgesetze, durch ungerechte Besteuerung, sondern auch durch die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, durch die allgemeine Gesetzgebung in Sachen des Handels der Zölle, der Gebühren, der direkten und indirekten Steuern usw. geschehen. Der Nutzen unserer genossenschaftlichen Arbeit kann durch Zolltarife, Lebensmittelpreise und indirekte Steuern bedeutend geschmälert werden. Was das Volk sich auf der einen Seite durch die Konsumvereine erspart, kann ihm auf der anderen Seite durch die Wirkung wirtschafts- und finanzpolitischer Gesetze wieder genommen werden.

Ebenso kann die Entwicklungsmöglichkeit unserer Bewegung dadurch eingengt werden, daß der Staat durch besondere Gesetze über die Produktion und des Handels künstlich und auf Kosten der Allgemeinheit aufrecht zu halten versucht. Solchen Gesetzen zu opponieren, ist nicht nur das gute Recht, sondern auch die Pflicht der Konsumvereinsverbände, vorausgesetzt natürlich, daß sie dazu die Möglichkeit haben und nicht durch die Genossenschaftsgesetzgebung an legaler politischer Betätigung verhindert sind! Daraus folgt aber noch keineswegs, daß die Konsumvereinsbewegung nun den Charakter einer Art von politischer Partei annehmen und sich ein eigenes politisches Programm geben müßte. Ungleich schwieriger als die Frage, ob und inwieweit die Konsumvereinsverbände sich politisch zu betätigen haben, liegt die weitere, in welcher Art und Weise wir gegebenenfalls die politischen Interessen unserer Bewegung wahrnehmen sollen. Empfiehlt sich hier der Anschluß, die Angliederung und die Leistung finanzieller Unterstützungen an eine bestimmte, den Konsumvereinen freundlich gestimmte Partei, oder ist ein unabhängiges, selbständiges Vorgehen, die Politik auf eigene Faust, vorzuziehen? Es kann nicht bestritten werden, daß heute die Mehrheit der Konsumgenossenschaftler sich zum Grundgedanken der Neutralität bekennen und mit Freigabe und Recht. Allerdings hat es auch nicht an Stimmen gefehlt, die das Neutralitätsprinzip für eine veraltete Maxime erklärten und den Konsumvereinen empfohlen, offen zur Sozialdemokratie überzugehen. Mißfälligen gingen die Kritiker des Neutralitätsprinzips von der durchaus unrichtigen Auffassung aus, es werde damit der Grundgedanke hülftiger politischer Abstinenz seitens der Genossenschaften proklamiert. Man kann jedoch durchaus die Notwendigkeit einer politischen Betätigung der Konsumvereinsverbände in gewissen Situationen zugeben, ohne deswegen den Grundgedanken der Neutralität verworfen zu müssen. Letzterer involviert nur, daß die Genossenschaften keine Massenorganisationen und keine Parteistrukturen sein sollen. Es sollen sich ihnen Bürger aller Parteien und Angehörige aller Klassen anschließen können, ohne dadurch mit sich selbst in Widerspruch zu geraten. Es sollte die Geschäfte der Genossenschaften nicht nach Parteipolitischen Gesichtspunkten geführt, die Vertreter nicht nach Parteibedenken besetzt, die Ueberwachungen nicht ganz oder teilweise an Parteikassen abgeführt werden. Welche Mittel die Genossenschaftsverbände in jedem konkreten Falle anzuwenden haben, werden am besten die beratenden Instanzen entscheiden. Aber gerade deshalb muß an dem Grundgedanken der Neutralität festgehalten werden, der besagt, daß im Bereiche der genossenschaftlichen Angelegenheiten und Interessen allein die Genossenschaftler und ihre Vertrauensmänner, nicht aber Parteibeschlüsse maßgebend sind. verdrängbar. Ziel besteht in der Aufrechterhaltung der Einheit, die Genossenschaftspolitik ist Sache der Genossenschaftler, ihr unverdringbares Ziel besteht in der Aufrechterhaltung der Einheit, Selbständigkeit und Entwicklungsfreiheit der Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Ueber das Kredit- und Genossenschaftswesen berichtete der Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften Rothaus-Berlin. Im Verband deutscher gewerblicher Genossenschaften sind etwa 360 Kreditgenossenschaften vereinigt.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Dänemark, schilderte Nielsen-Markus. Unter der landlichen Bevölkerung Dänemarks habe der genossenschaftliche Gedanke große Verbreitung gefunden. Seine Bedeutung für Dänemark sei außerordentlich groß. Die Bauernbewegung in England besprach Ritschfeld. Ferner lagen der Tagung zwei gedruckte Referate von Anderson-Dublin über die landwirtschaftliche Organisationsbewegung in Irland und von Dr. Albrecht-Berlin über die Frage: Was kann das Genossenschaftswesen zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen? Die beiden Referate waren am Freitage verhandelt, die Vorträge wurden aber als gehalten angesehen und der Diskussion zugrunde gelegt.

Dr. Albrecht führt in seinem Referat aus, in den letzten Jahren trete mehr und mehr der Verdrängung in den Vordergrund, auf dem Wege der Selbsthilfe der Wohnungsbedürftigen den schwer empfindenen Kostpunkt zu lindern. Darin sind heute alle maßgebenden Vertreter einig, daß eine grundsätzliche Befreiung der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens lediglich auf dem Wege des einschneidender Verwaltungsmaßnahmen erreicht werden kann, die der Verteuerung des Grund und Bodens ein Ende bereiten, wie sie eine durch die heutigen Einrichtungen begünstigte künstliche Preissteigerung zum Schaden der Allgemeinheit zuwege gebracht hat. Bevor nicht in dieser Richtung andere Zustände herbeigeführt werden, wird weder die private Bautätigkeit, der bei der Verdrängung des Wohnungsbedarfs stets der Wohnanteil zufallen wird, zu einer gesunden Entwicklung kommen, noch wird die gemeinnützige Bautätigkeit, insbesondere die genossenschaftliche Tätigkeit, eine gründliche Besserung der Verhältnisse herbeiführen können. Die Bauvereine bilden nur eine der Organisationsformen, mit deren Hilfe man in Deutschland versucht hat, den Mietwohnungsbau da, wo die private Bautätigkeit zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses nicht ausreicht hat, auf eine weitere Basis zu stellen. Die Verteilung der Bauvereine über die einzelnen Bundesstaaten und Provinzen läßt die größten Verschiedenheiten erkennen. Die größte Verbreitung haben sie in den westlichen Provinzen der preussischen Monarchie. Je weiter nach Osten, desto dünner gefügt erscheinen die Orte reger genossenschaftlicher Tätigkeit. Die Ursache für diese Erscheinung liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Landestteile und in dem Grad ihrer Förderung durch die Landesversicherungsanstalten gegründet. Die bahnbrechende Tätigkeit der Bauvereine ist keineswegs ohne Einfluß auf den gewerblichen Wohnungsbau geblieben. Die tägliche Beobachtung lehrt, daß in vielen Großstädten das Vorbild, das die gemeinnützige Bautätigkeit geliefert hat, die private Bautätigkeit geradezu gezwungen hat, ihr auf diesem Wege zu folgen. Auch auf sozialen und hygienischen Gebiet haben die Bauvereine hervorstechend gewirkt. In der Wohnungsfrage kommt den Genossenschaftswesen eine nicht geringe Bedeutung zu. Die deutschen Bauvereine haben in dem Kampfe gegen das Wohnungsproblem und Wohnungsmangel ernstlich an der Lösung eines der bedeutendsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Zeit mitgearbeitet.

In der Diskussion hob Professor Staustinger-Darmstadt die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung hervor. — Prof. Lorenzies-Kiel stellt sich vor als einzigen, wenn auch nicht offiziell geladenen Vertreter der deutschen Universitätsbewegung vertritt sein. — Prof. Staustinger stellt sich mit der Neutralität der Konsumvereine. Das Wort neutral bedeutet aber durchaus nicht den Ausschluß des Klassenbewusstseins. Die Konsumvereine führen ihren Klassenkampf, indem sie die Mehrbelastung des Konsums abwehren. (Lebh. Beifall.) Es folgt die Wahl des Zentralvorstandes. Deutschland ist darin vertreten durch Kaufmann, Habesack, Lorenz und von Elm, sämtlich in Hamburg.

Internationaler Holzarbeiterkongress.

Kopenhagen, den 7. September 1910.

Die Kommission, die über die Streitigkeiten der Organisation in Bulgarien zu entscheiden hatte, schlägt folgende Resolution vor: „Der Kongress spricht sich tiefes Bedauern aus über die Uneinigkeit in der Organisation der Holzarbeiter Bulgariens. Da jedoch die Trennung in die beiden Verbände schon vor mehreren Jahren erfolgte und die Schuldfrage nicht vom Kongress geprüft werden kann, außerdem aber die Vertreter beider Verbände in der Kommission des Kongresses ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, für eine baldige Vereinigung zu wirken, beschließt der Kongress: Um die Vereinigung beider Verbände zu fördern, soll auch der zweite Verband zur Aufnahme in die internationale Union zugelassen werden. Der Kongress erwartet jedoch, daß die Vorstände beider Verbände die Einigungs-Verhandlungen rechtzeitig aufnehmen und sie demnach fördern, daß die Vereinigung spätestens bis zum nächsten internationalen Holzarbeiterkongress vollzogen ist.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem Salasoff einstimmig erklärt hatte, er würde sich bemühen, in Verhandlungen zwecks Verschmelzung einzutreten. Eine gleichlautende Erklärung hat der Führer der anderen Gruppe, Gleadow, in der Kommission abgegeben.

Ueber die Agitation in den Grenzgebieten referiert Kayser (Berlin, Holzarbeiter-Verband): Der weitere Ausbau der internationalen Verbindung der Holzarbeiter, der zweifellos kommen werde, dürfe nicht überstürzt werden. In Stuttgart sei vor drei Jahren beschlossen worden, daß die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen ohne weiteres in die Organisation ihres Aufenthaltslandes übertreten. Das sei ein großer Fortschritt gewesen. Demgegenüber sei die Frage der Regelung der Agitation in den Grenzgebieten von geringerer Bedeutung, aber es sei zweckmäßig, bei Zeiten darauf zu sorgen, daß Grenzstreitigkeiten, wie wir sie zwischen den deutschen Gewerkschaften des östlichen Ostens, in der internationalen Union der Holzarbeiter vermeiden werden. Eine lebhafteste Agitation in den Grenzgebieten müsse planmäßig von den beteiligten Organisationen in die Hand genommen werden. Die Mitglieder sollen in der Regel der Organisation des Landes zugewiesen werden, in welchem die Arbeitsstätte liegt.

Die Diskussion ergibt Uebereinstimmung mit diesen Sätzen. Angenommen werden folgende Anträge des deutschen und des schweizerischen Holzarbeiterverbandes:

„In den Grenzorten, welche ein Industriegebiet bilden, haben die in Frage kommenden Landesorganisationen die Agitation gemeinsam zu betreiben. Zur besseren Wahrung der Berufsinteressen haben sich die Mitglieder der internationalen Union in den Grenzgebieten, die jenseits der Landesgrenze ihres Arbeitsortes wohnen, innerhalb sechs Wochen den Landesorganisation ihres Arbeitsortes anzuschließen. Außerordentliche Fälle bleiben der Regelung der betreffenden Verbände überlassen.“

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: „Erfahrungen mit der Gegenleistung betr. die Uebertritt und die Unterfertigung der Mitglieder im Ausland.“ Hierzu bringt Leipart eine Reihe von Mängeln zur Sprache, die zu seiner Kenntnis gekommen sind. Nach den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses sollen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, wenn sie ins Ausland gehen, ohne Beitrittsgehalt in den Organisationen ihres Aufenthaltslandes aufgenommen werden, und die gleichen Unterfertigungen erhalten, wie die Mitglieder dieser Organisationen. Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes beschwerten sich nun darüber, daß sie in verschiedenen Ländern, besonders in England und Schweden, nicht nach diesen Beschlüssen behandelt worden sind.

Ueberhaupt erregt sich eine ausgedehnte Debatte, in der festgestellt wird, daß diese Klagen zum größten Teil auf Mißverständnissen beruhen. Wo die Stuttgarter Beschlüsse noch nicht vollständig durchgeführt sind, wird von den Vertretern baldige Besserung versprochen. Eine erhebliche Rolle spielt in der Diskussion auch ein Antrag des dänischen Holzarbeitersekretärs auf einheitliche Reiselegitimation in vier Sprachen. Der Gedanke des Antrages wird allseitig sympathisch begrüßt, doch wird seine Durchführbarkeit bezweifelt, besonders deshalb, weil die Einrichtungen der Verbände, zumal auf dem Ueberfahrungsgebiete, noch zu verschieden sind. Es wird angeregt, hierzu eine größere Gleichmäßigkeit anzustreben. Als sehr notwendig wird es auch bezeichnet, der Ausfüllung des Vorbrudes in den Mitteilungsblättern größere Aufmerksamkeit zu schenken. Häufig ist aus den Blättern, das gilt namentlich von der französischen und der schweizerischen Organisations-, die Beitragsleistung und der Unterfertigungsbezug des Mitgliedes nicht hinreichender Deutlichkeit zu ersehen.

Besonders lebhaft wird die Reiselegitimation von den Standplätzen und den französischen Delegierten befürwortet, während die Deutschen und Schweizer auf die entgegenstehenden Bedenken hinweisen und die endgültige Beschlußfassung bis zum nächsten Kongress zu verlagern empfehlen. Schließlich wird aber der auf die Einführung dieser Einrichtung gerichtete Antrag des dänischen Holzarbeitersekretärs mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. Die Durchsührung dieses Beschlusses soll jedoch noch nicht sofort erfolgen. Vielmehr stimmt der Kongress folgender von Leipart eingebrachter Resolution zu, die zugleich zu den anderen Fragen, die die Diskussion berührt hat, Stellung nimmt:

„Der Kongress spricht sich für die Zweckmäßigkeit einer internationalen Reiselegitimation aus und beauftragt den internationalen Sekretär, einen Entwurf herzustellen, und den Vorständen der angeschlossenen Verbände zur Prüfung zu überreichen. Die Beschlußfassung über die eventuelle obligatorische Einführung der internationalen Legitimation soll dem nächsten Kongress vorbehalten sein. — Der Kongress fordert den englischen Möbelarbeiterverband und alle anderen Verbände, auf ihre statistischen Bestimmungen mit den Vorschriften des Statuts der internationalen Union in Uebereinstimmung zu bringen, damit der freie Uebertritt und die Unterfertigung der Mitglieder im Ausland unter voller Wahrung der Gegenseitigkeit gesichert wird. — In Anerkennung des hohen Wertes der Reise- und Arbeitslosenunterstützung, sowie der sonstigen Unterstützungsleistungen empfiehlt der Kongress allen Verbänden die Einführung dieser Unterstützungen und deren möglichst einheitlichen Ausbau.“

Angenommen wird ein von den Desterreichern eingebrachter Antrag, wonach die in einen anderen Verband Uebergetretenen Mitglieder ihre Mitgliedsblätter abzugeben haben. Diese Blätter werden dem Zentralvorstand des Verbandes zugestellt, der sie ausgereicht hat. Zugleich wird den Vorständen empfohlen, in die Mitteilungsblätter einen Vermerk aufzunehmen, wonach sie Eigentum des Verbandes bleiben, der sie ausgereicht hat.

Ein Antrag des norwegischen Holzarbeiterverbandes will das Statut der internationalen Union dahin ändern, daß die Rechte der aus ausländischen Organisationen Uebergetretenen Mitglieder an eventuelle Versicherungskassen von der gegenseitigen Verpflichtung ausgenommen werden. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß die norwegische Organisation ein sehr hohes Sterbegeld, bis zu 500 Kronen, zahlt, das den Uebergetretenen der Uebergetretenen Mitglieder, die noch keine entsprechenden Beiträge an die Organisation geleistet haben, nicht abgehört werden könne. Die Änderung des Statuts wird aber abgelehnt. Doch werden die eigenartigen Verhältnisse in Norwegen anerkannt, und der Organisation wird empfohlen, den Zweck ihres Antrages durch den Abschluß besonderer Verträge mit den übrigen Angehörigen der internationalen Union zu erreichen, ein Weg, der ohne Änderung des Statuts gangbar ist.

Zum internationalen Sekretär wird Leipart einstimmig wiedergewählt und seine Wahl mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Es liegen dann noch Anträge der französischen und der belgischen Organisation vor, die die Ausnahme statistischer Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen der Union angeschlossenen Ländern verlangen. Aus der Begründung, die diesen Anträgen gegeben wird, ist zu ersehen, daß die Antragsteller keinen rechten Bezug von den Schwierigkeiten haben, die sich der Aufnahme einer brauchbaren Statistik entgegenstellen. Sie versprechen sich aber von einer solchen Statistik großen agglatorischen Erfolg. Von deutscher Seite, besonders von Ratz (München), wird sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung aller solcher Pläne eine tüchtige Organisation ist, und daß man in Belgien und Frankreich gut daran täte, zu allereinstimmig dem Ausbau der Organisation die nötige Aufmerksamkeit zu widmen.

Einem Antrage, über die beiden Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen, wird von Leipart widersprochen. Er empfiehlt im Gegenteil, im Sinne der Franzosen und Belger zu beschließen. Die Kollegen in diesen Ländern sind dann verpflichtet, an die Aufnahme einer solchen Statistik zu gehen, und das dürfte vielleicht von einigem Einfluß auf ihre gesellschaftliche Erziehung sein. Diefem Vorschlage stimmt der Kongress zu.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Der nächste Kongress wird voraussichtlich im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress in Wien stattfinden.

Auf Antrag eines norwegischen Delegierten wird noch beschlossen, mit diesem Kongress eine Aussetzung der Verbände Druckfächer der angeschlossenen Organisationen zu verbinden. Mit einem Hoch auf die internationale Union der Holzarbeiter wird dann der Kongress geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Zur Werftarbeiter-Bewegung. Die Bewegung hat infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als abermals aus den belannten Gründen — Verweigerung der Anfertigung von Streikarbeit — die Arbeiter zweier Betriebe die Arbeit verließen.

Die Arbeiter der Firma Niemeier, Hamburg-Steinwürder, mußten schon vor circa 14 Tagen die Arbeit einstellen. Namentlich stellte die gleiche Firma auch an die Arbeiter ihrer Zweigabteilung in Harburg a. d. Elbe die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, worauf circa 200 Arbeiter den Betrieb verließen. Damit ist die Bewegung auch in das Hamburg benachbarte Industriegebiet übergegriffen.

Die Firma Michaelien, Altona-Ottensen, welche sich bisher einigermaßen neutral verhielt, wollte nunmehr auch die so sehr begabte Streikarbeit fertigstellen sehen. Darauf stellten 50 Arbeiter der Stahlformerei die Arbeit ein.

Die Hamburgerer Frauen zum Werftarbeiter-Verband. Mittwochs Nachmittags fand im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Frauen der städtischen Werftarbeiter statt. Nebenbei war die Gewerkschaft in Riefen-Beck. Trotz des schlechten Wetters hatten es sich die Frauen der im Kampfe stehenden Werftarbeiter nicht verbieten lassen, den oft weiten Weg zum Versammlungsorte zu machen. Die weiteren Räume des Arbeitervereins waren denn auch stark gefüllt. Der äußerst lebhafteste Beifall, womit die Veranstaltung der Referentin Gesslin Riefen-Beck, bewies deutlich, wie sehr die Frauen mit der Bewegung in Riefen-Beck einverstanden waren und wie sie eifrig daran sind, ihre ausständigen Gewandinnen in diesen Kampfe um eine bessere Existenz der Familie zu unterstützen. Die Frauen des Werftarbeiter-Verbandes, welche Bedeutung der Kampf für sie und ihre Familie hat. Diese Gewandinnen sind gewissermaßen die Stellvertreterinnen der Streikenden nur noch zu erwähnen.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Diana, 9. September. Auf der Wahlkreis-Konferenz in Belsberg wurde nicht Genosse Ruschel, sondern Genosse R. L. als Delegierter gewählt.

Freiburg, 8. September. Unfall beim Turnen. Bei Ausführung der Reiterkrieger aus Röhrlage im vollen Schwunge vom Reck ab und verlegte sich R. L. d. H.

Striegau, 9. September. Zweierlei Maß. Die seit Freitag voriger Woche vermisste 21-jährige Tochter des Lehrers H. wurde heute als Leiche aus dem Stadibruchteiche gezogen und mittels Kranwagen nach der Leichenhalle überführt. Ueber diesen Transport einer Leiche, die schon eine Woche im Wasser gelegen hat, macht sich in allen Kreisen der Einwohnerschaft eine große Empörung bemerkbar, umso mehr, als die Leiche schon sehr früh in der Erwiesung übergegangen war. Gewöhnlich werden Leichen in den Leichenwagen hineingeworfen, wie ein Stück Holz, aber hier handelt es sich um eine Angehörige der angesehensten besseren Gesellschaft. Für die Vorstöße am Leiche beim Einladen in den Krankenwagen hatte die Polizei kein Gehör. Droschkenbesitzer dieser Artbestellen im angeschraubten Sarg nicht in einer Droschke befördern, aber halboberweisse Leichen dürfen im Krankenwagen transportiert werden. Und das unter den Augen der Polizei.

Nun haben wir am Ort ein ärztliches Blatt, das sonst von allem sehr gut unterrichtet ist, von dem Transport der halboberweissen Leiche im Krankenwagen weiß es aber nichts, denn es findet kein Wort des Lobes hierfür und warum, weil dieser Transport unter Aufsicht der Polizei stattfand. Alles was die Polizei tut, erhält den Segen dieses Blattes, genannt "Striegauer Anzeiger". Ja, der "Striegauer Anzeiger" nennt sich deswegen auch ein Organ der fortschrittlichen Volkspartei, also feillich.

Striegau, 9. September. In den Beträgen in der Zuderfabrik Gutsdorf. Infolge der Unterschleife in der Zuderfabrik Gutsdorf, die von dem dort seit 1908 angestellt gewesenen ersten Buchhalter Schulz in Höhe von über 20.000 Mark verübt worden sind, ist jetzt auch gegen einen langjährigen Lieferanten der Fabrik, den Inhaber eines Eisen- und Kurzwarengeschäfts, die gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet worden.

Striegau, 9. September. Fabrikbrand. Die Papierfabrik Wolfende bei Glesberg ist in den frühen Morgenstunden des Donnerstag übergebrannt. Erhalten geblieben sind nur die Holzschleiferei, das Kesselhaus, die Dampfmaschinen und das Wohnhaus. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Wahrscheinlich wird der Betrieb der Holzschleiferei aufrechterhalten werden können. Die papierindustriellen Anlagen sind völlig niedergebrannt.

Jauer, 9. September. Ein Beitrag zur Fleischverwertung. Im nahen Kalkhaus erkrankte plötzlich bei einem Hausbesitzer die einzige Kuh im Stalle, und zwar so, daß er dieselbe sofort verkaufen mußte. Trotzdem das respectable Tier einen Wert von 800 Mark hatte, bot der Fleischer am Orte eine halbe 100 Mk. Nach sorgfältiger Untersuchung fand man im Herzen der Kuh einen Nagel, sonst war aber das Fleisch kerngesund und der hiesige Fleischer konnte die geschlachtete Kuh als wertvolles Fleisch verkaufen. Wert 800 Mk., Kaufpreis 100 Mk. Und das nennt man noch keinen Verdienst?

Mag, 9. September. Das ist der Fluch der bösen Tat. Die armen Jünderholzarbeiter in Gabelsdorf bekommen "vor der Hand" keine Unterstützung. Aus dem Reichsamt des Innern ist dem katholischen Arbeiterverein ein Befehl gekommen, daß keine Mittel zur Verfügung stehen, eine Unterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren — so selbst in lakonischer Kürze der "Gabelsdorfer Anzeiger". Aber lächerlich geht nichts über die Gemüthlichkeit, in guter Hoffnung zu leben! Wenigstens deutet die Redewendung "vor der Hand" darauf hin, daß die — wie in der feineren abgefaßten Periode ausdrücklich hervorgehoben war — "an Unterernährung" leidenden Jünderholzarbeiter noch einmal Unterstützung erhalten, wenn auch vielleicht erst, wenn sie längst verhungert sind. Da wohl man wirklich nicht, was mehr zu verwundern ist, die grenzenlose Gleichgültigkeit und Schamgefühls der Zentrumsarbeiter, oder die skrupellose Verdrehungskunst, mit der das Zentrum die Tatsachen verbunkelt, und den Arbeitern Hoffnungen macht, die sich nie erfüllen werden. Es gehört schon ein robustes Gemüth dazu, den Opfern des "Steuerkampfes" — den das Zentrum auf dem Gewissen hat — vorzugucken, daß nur diese Partei die wahre Arbeiterpartei ist. Wir können nur wünschen, daß die Zeit halb anbrechen möge, wo nicht nur die Jünderholzarbeiter, sondern die Arbeiter unserer Gegend in ihrer Mehrzahl diese Gesundheitszustand hinaushelfen wird und muß, wenn es besser werden soll. Je mehr aber unsere Parteigenossen im Wahlkreise für unsere Kandidaten, den Weber Wilhelm Schmidt, Neurede, agitierten, je intensiver alle Genossen für Aufklärung der Wähler Sorge tragen helfen, desto eher werden diese "Vollvertreter" wirklichen Volksvertretern weichen müssen. Deshalb an die Arbeit! Es gilt, den elend entlohnenden — und überdrehen behaupten — Arbeitern der Gegend bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, die können aber nur durch die gewerkschaftliche und politische Organisation erreicht werden. Werbt unermüdet mitglieder und Abnehmer für unsere Parteipresse! Es gilt, im nächsten Jahre Abrechnung zu halten mit dem Zentrum und den Schnapskäufern. Und daß diese auch in unserem Wahlkreise eine gründliche wird, dazu müssen wir alle beitragen. Vorwärts für die Rechte des Volkes!

Meferitz, 9. September. Vom Juge überfahren. Der von Bruchin kommende Personenzug überfuhr die laubstümme Arbeiterin Anneli Polczyk aus Raschl. Sie war auf Birnbäum zu zwischen dem Geleisen gegangen. Das Jagdpersonal versuchte vergeblich durch Rufen und Pfeifen die Laubstümme aufmerksam zu machen; der Zug konnte nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Ihr Körper wurde in zwei Teile getrennt.

Aus Oberschlesien.

Von der Rechtsprechung der Berggewerbegerichte.

Gemäß dem Gewerbegerichts-Gesetz vom 20. Juni 1890 sind auch Berggewerbegerichte eingesetzt worden. Danach ist jeder Bergarbeiter befugt, über etwaige Forderungen oder Streitigkeiten, welche aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, eine Klage vor dem zuständigen Berggewerbegericht anzuführen. Das Berggewerbegericht setzt sich aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende ist gewöhnlich ein Bergarbeiter. Der Beisitzer der Arbeiterseite ist gewöhnlich ein Obersteiger oder Bergmeister. Die Arbeiter wählen in der Regel ihre Berufsangehörigen, weil die Wahl zum Gewerbegericht unmittelbar und geheim ist. Der nun die Funktion des Berggewerbegerichts kennt, der wird sie auch hinreichend beurteilen können. In letzter Zeit haben sich die Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern bedeutend vermehrt; aus dem einfachen Grunde, weil die Konjunktur im Bergbau nicht am besten ist. Und deshalb sind die Arbeitgeber Seiten im eigenen Interesse. Arbeiter gibt es genug, wenn es also nicht paßt, der kann gehen oder er wird bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit entlassen und läuft ohne Kündigung. Auch das schwer verdiente Geld wird den Bergarbeitern einbehalten, obwohl in allen Büchern des Lohnrechens ausdrücklich steht, daß das eine Unzulässigkeit ist. Die Entlassenen erheben nun Klagen auf Zahlung ihres Lohnes. Wenn man jedoch die Klagen fragt, die die Sache ausgefallen ist, so bekommt man fast immer dieselbe Antwort: Die Klage wurde formell richtig abgemacht. Das ist die Klage, die bei dem Berggewerbegericht eingeleitet ist.

Wenn ein Arbeiter am Tagelohn kommt, weil bei der mangelfolten Schaltung des obersteigenden Arbeiters solche Fälle nicht berücksichtigt werden. Die meisten haben ihre Klagen aus dem Grunde, daß sie nach dem Termin ein paar frische Hühner auslösen und damit ist die Sache erledigt. In diesen Tagen hat auch das Berggewerbegericht sich mit einer Klage zu befassen gehabt.

Der frühere Huer Gora aus Orzago hat auf der Gottschalksgrube unter dem Maurermeister Ogorek als Schichtmaurer Arbeit angenommen. Dieser hatte ihm 20 Mark Schichtlohn versprochen. Außerdem einigte er sich mit Gora dahin, daß er zu den Kosten eines Bedienungsgeldes die Hälfte beitragen sollte. Da nun in dem Schachte sehr viel Wasser ist und Gora ein Bedienungsgeld nicht bekam, erkrankte dieser nach zwei verfahrenen Schichten und mußte sich ins Knappschaftslazarett begeben. In diesem wurde er vom 6. Juli bis zum 6. August b. J. behandelt. Am 8. August begab sich Gora wieder zu seiner Arbeit, welche ihm jedoch vom Maurermeister Ogorek ohne vorherige Kündigung verweigert wurde. Die Invalidenrente sowie Arbeitslohn wurde ihm erst am 17. August durch die Post zugelandet. Ueber eine Kündigungsfrist wurde zwischen beiden nichts vereinbart, so galt also für beide die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist. Aus diesem Grunde verklagte Gora den Ogorek vor dem Beuthener Berggewerbegericht. Gora aller Beweise, daß der Gora nicht gekündigt wurde, daß ihm die Papiere nach der Verweigerung der Arbeit erst neun Tage später zugelandet wurden, trotz alledem wurde er mit der Klage abgewiesen.

Gora hat nun eine zahlreiche Familie zu ernähren, tag also einen Monat im Lazarett und hat bis heute noch keine Beschäftigung, weil Arbeiter mit 45 Jahren überall zu alt sind. Bedauerlich ist nun, daß der größte Teil der obersteigenden Arbeiter von einer Organisation und Unterstützung nichts wissen will, und sucht erst dann Rat und Hilfe, wenn Not und Elend sie schon zur Verzweiflung treibt.

Oberschlesische Polizei-Aufgaben.

Wir haben über dieses Kapitel wiederholt berichtet und darauf hingewiesen, daß die ober-schlesischen Polizeiorgane alles zum Besten ihrer Tätigkeit betrachten. Diesen vielen Aufgaben fügen wir heute eine ganz neue Nummer hinzu:

In Rudorf bei Antonienbüttel hatte Genosse Blas eine Frau Golla zum Ausstragen der "Wollwäcker" und der "Gazette" angenommen. Da die Frau dem Postamt unbekannt ist, begab sie sich zur Polizei, um einen Legitimationschein zu erlangen. Auf der Polizei fragte der Polizeisekretär Herrmann die Frau: "Was für eine Zeitung wollen Sie da austragen?" Golla: "Die vom Herrn Blas." Herrmann: "Was? Diese Zeitung? Was glauben Sie denn, so eine gute katholische Zeitung, wie Sie sind? Was wird der Herr Warrer dazu sagen, wenn er das erfährt. Fürchten Sie gar nicht den Herrn Gott?" Die Frau begab sich zu Genossen Blas, der sich sofort zur Polizei begab, und Herrmann zur Sache stellte, warum er die Bescheinigung nicht ausstelle. Aber statt einer Ausstragung erhielt er die Aufforderung, das Sozial zu verlassen! Nun erst wurde der Frau, die sich eine "Ernährung" anhören mußte, die Legitimationskarte ausgestellt.

Warum Herr Herrmann der Frau den Schein nicht ausstellen wollte, wird wohl sein Geheimnis bleiben, besonders da er doch weiß, daß die Frau nur 7 Mark Pension pro Monat erhält und davon noch 3,50 Mark Miete bezahlen muß. Da die Frau auch noch einen Jungen zu ernähren hat, und im Winter nicht Wäulereien oder Hitze suchen kann, so hat sie sich eben um Arbeit und Verdienst umgesehen, und deshalb soll sie den Warrer und Gott fürchten. Der Gemeinde muß es doch amenehmer sein, die Frau ernährt sich durch Zeitungsausstragen, als daß sie ihr zu Last fällt, was bestimmt eingetretener wäre. Aber, es sind — sozialdemokratische Zeitungen, die sie austragen will.

Aber nicht nur im Polizeibureau, sondern auch die Polizisten sind eifrig auf der Suche nach Sozialdemokraten. So wurde die Zeitungsaussträgerin Gruska ausgetragt, ob ihr Mann im Verbande ist, oder ob er mit der Sozialdemokratie sympathisiert, oder gar mit Was harmoniert. Die Frau hat sehr vernünftiger Weise sich nicht ausfragen lassen. Darauf wurde am anderen Tage ihr Ehemann in einer Werkstatt gleichfalls in derselben Weise ausgetragt, natürlich ohne Erfolg. Das sind alles Dinge, die nicht zu den Aufgaben der Polizei gehören.

In anderen Sachen scheint es zu haben, denn einem Arbeiter, dem zwei Silber von der Wand wegen Steuerrückstand genommen wurden, sind, trotzdem die Steuer am selben Nachmittage bezahlt wurde, die Silber noch nicht zurückgeliefert, obgleich schon Wochen vergangen sind. Auch dieser Mann ist von der Wichtigkeit der Polizeiarbeit so überzeugt, daß er sie für direkt unentbehrlich hält.

Barze, 8. September. Neue Verordnung. Eine

Erweiterung haben die Bestimmungen für Arbeiterfürsorge auf Bauten der Städte des Regierungsbezirks Oppeln erfahren. Leider haben sich die Bestimmungen fast vollständig im Rahmen der "erweiterten Grundzüge" des preussischen Staatsministeriums gehalten, jedoch die Forderungen der Bauarbeiterseite nach mehr Schutz für Leben und Gesundheit trotzdem nicht vernachlässigt werden. In den früheren Bestimmungen war bestimmt, daß Bauarbeiten mit Wänden umschlossen und einem Dach versehen sein mußten, auch sollte ein "fester trockener" Fußboden vorhanden sein. Die denbar diese Bestimmungen waren, hat wohl jeder Bauarbeiter des Regierungsbezirks Oppeln am eigenen Leibe erfahren, wenn er versucht bei Wind und Wetter seine Wände zu betreten in diesen mit Wänden umschlossenen und einem Dach versehenen Räume einzunehmen. Er kam dann gewöhnlich aus dem Regen in die Traufe. Nach der neuen Verordnung ist dies etwas klarer ausgeführt. § 24, Biffer 3, bestimmt, daß die Unterkunftsräume allseitig dicht umschlossen sein müssen. Fenster müssen genügend vorhanden sein, auch Lüftung muß der Unterkunftsraum sein. Der Fußboden muß einen festen Deckelboden aufweisen. Auch die Möglichkeit, die Speisen zu erwärmen, soll gegeben werden.

Leider läßt die Verordnung das Vorhandensein von Tischen ungenügend. Nur Bänke bzw. Sitzgelegenheit muß vorhanden sein. Dem Arbeiter bleibt es überlassen, seine Wahlzeiten auf dem Boden, den bestmöglichen Arbeitszeiten, einzunehmen. Auch die Abortfrage wird geregelt. Die Aborte müssen in solcher Anzahl vorhanden sein, daß auf je 25 Beschäftigte je einer vorhanden sein muß. Für die am Bau beschäftigten Frauen sollen besondere Bedürfnisanstalten vorhanden sein. Ferner soll eine Feuerung Eingang finden, die wohl schwer einzuführen sein wird, und zwar: Bei jedem Abort soll ein Visir angelegt sein, ferner ist auf jeder Etage ein Eimer aufzustellen, in welchen kleine Behälter verbracht werden können. Aborts und Baubüden haben stets in reinlichem Zustande zu sein. Materialien dürfen in letzterem nicht gelagert werden. Ferner muß auf jeder Baustelle stets frisches Trinkwasser vorhanden sein.

Dies wären wohl die Hauptänderungen in den neuen Vorschriften, die zwar die ober-schlesischen Bauarbeiterseite nicht befriedigt, aber immerhin einen Fortschritt in sanitärer und sittlicher Beziehung bedeutet. Zu bedauern ist nur, daß die Verordnung nicht auf die Landorte ausgeht wurde. Hoffentlich werden nun aber auch die Arbeiter dafür, daß das Wenige, was ihnen hier gegeben wird, auch innegehalten wird.

Beuthen O.S., 9. September. Die letzte Schicht. Auf dem Gottschalksgrube ist der Bauer Schimzaaki durch einfallende Kohlenmassen verunglückt worden. Er konnte nach zwei Stunden nur als Leiche geborgen werden. — Selbstmord. Mittwoch früh 2 Uhr hat sich in den Toiletten eines hiesigen Cafes ein 19-jähriger Bergschüler aus Larnowitz erschossen. Der Schuss traf das Herz und führte den sofortigen Tod herbei. Das Motiv der Tat ist unbekannt, ebenso sind die Personalien des Toten noch nicht festgestellt.

Aus den Gerichtssälen.

Ein gerichtliches Nachspiel zur Richtig-Hofen-Affäre.

Vor einiger Zeit konnten wir melden, daß gegen den von der Staatsanwaltschaft in Diegnitz eine Strafanzeige wegen angeblicher Steuerhinterziehungen im Gesamtbetrage von annähernd 300.000 Mark eingeleitet worden sei. Die Unterlagen zu dieser Strafanzeige waren von dem früheren Wirtschaftsinспекtor des Herrn v. Richtig-Hofen, R. A. A. A., gegeben worden, bei diesen beschuldigte, daß er eine große Anzahl von Nebeneinnahmen bei seinen Steuererklärungen nicht mit angegeben hätte. Herr v. Richtig-Hofen hatte zunächst die Erstellung einer solchen Strafanzeige überhaupt bestritten, die auf dem Wege über das Justizministerium an die hiesige Staatsanwaltschaft gelangt war. Dann erklärte er sofort, daß alle Angaben des Inspektors Richtig-Hofen unrichtig seien, und daß er diesen in vorher wegen Unterschlagung angezeigt habe, sodas die Strafanzeige einen Nachschuß darstelle. Bald darauf konnte Herr v. Richtig-Hofen auch einen Befehl der — Untersuchungskommission des Kreisinspektors Diegnitz produzieren, wonach ihm keinerlei Steuerhinterziehungen vorzuwerfen seien. Dabei beruhigten sich jedoch die Beteiligten nicht, sondern führten bei der Oberstaatsanwaltschaft in Breslau Beschwerde, daß die Staatsanwaltschaft die Anzeige der Steuerbehörde abgegeben habe, statt das beantragte Strafverfahren kurzerhand einzuleiten. Die Oberstaatsanwaltschaft hat jetzt rundweg abgelehnt, die Strafverfolgung des Herrn v. Richtig-Hofen einzuleiten, da er (der Oberstaatsanwalt), wie es in dem Bescheide heißt, auch im Justizministerium keine Veranlassung gefunden habe, entgegen der Verfügung des Herrn ersten Staatsanwalts zu Diegnitz vom 26. Juli 1910 ein strafrechtliches Einschreiten anzuordnen, da die Untersuchung und Entscheidung nach § 76 des Einkommensteuergesetzes dem Gericht nicht zustünde. — Die Staatsanwaltschaft zur Ermittlung nicht zuständig.

Mit dem vorstehenden Bescheide ist die Angelegenheit jedoch noch nicht erledigt. Herr v. Richtig-Hofen hatte sofort nach Bekanntwerden der erhobenen Beschuldigungen erklärt, daß er gegen die Urheber derselben Strafantrag wegen Verleumdung stellen werde. Da den Beteiligten bis heute keinerlei weitere Schritte des Herrn v. Richtig-Hofen bekannt geworden sind, müßten andererseits der — Kreislag in Diegnitz unter dem 17. August auf Veranlassung eines Gutsbesizers G. B. P. K. K. K. Herr v. Richtig-Hofen ein Vertrauensvotum ausgestellt sah sich der Wirtschaftsinспекtor Kasten veranlaßt, an diesen Herrn G. B. P. K. K. eine Zuschrift zu richten, in der er dagegen protestiert, daß vor Abschluß des Verfahrens eine Behörde wie der Kreislag Stellung zur Sache nehmen, da er seine Amtspflichten in jeder Beziehung aufrecht erhalten müsse und besonders darüber erkaunt sei, daß ihn Herr v. Richtig-Hofen noch nicht verklagt hatte. Die Wendungen des Briefes, die Herr v. Richtig-Hofen betrafen, haben diesen nun veranlaßt, Strafantrag wegen Verleumdung gegen Kasten zu stellen. Der Wirtschaftsinспекtor Kasten, der durch Justizrat Meyer-Diegnitz verteidigt wird, bekommt damit Gelegenheit, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu führen. Er wehrt sich vor allen Dingen, daß er aus Haß oder Rachsucht gegen Herrn v. Richtig-Hofen gehandelt habe. Vielmehr habe Herr v. Richtig-Hofen, in dessen Gut er, Kasten, 19.000 Mark eingekauft habe, sich unfair gegen ihn benommen, obwohl er ihm die Ertragsnisse seines Gutes von 20.000 auf 60.000 Mark heraufgeschraubt habe. — Die Strafanzeige gegen Richtig-Hofen ist übrigens nicht von dem Inspektors Kasten, sondern von dem Vertreter Kriminaldirektiv Krüger-Wilmersdorf eingeleitet worden, der seinerzeit von der Gräfin Pfeil mit der Abholung ihrer Kinder aus Westfalen beauftragt wurde und der dabel von dem Pfleger der Kinder, eben dem Herrn v. Richtig-Hofen, ungesetzlich behandelt sein will. Daraufhin sah er sich veranlaßt, die Angabe Kasten auszusprechen und gegen Herrn v. Richtig-Hofen vorzugehen.

"Zum Lessing", Adalbertstr. 10. Saal mit Theaterbühne für Vereine, Festlichkeiten, Hochzeiten gratis. 3962

Original-Phönix-Nähmaschinen für Gewerbe u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart. zum Aussehen besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen. Jul. Dressler & Co. Breslau, Ring 6. Auswärts franco Bahnstation. Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Fragen Sie nicht weshalb wir bereit billig verkaufen und beden Sie schenken Ihnen Bedarf. Für die Qualität der Waren leisten Garantie. 1 Aufwischlappen . . . 25, 32 Pf. 1 feiner Staubkamm 10, 20 Pf. 1 Korbhaarbürste . . . 90, 140 " 1 Füllkamm . . . 20, 35 " 1 dto. Handseger 45, 70 " 1 Zahnbürste . . . 20, 35 " 1 Wädelbürste . . . 35, 80 " 1 Kleiderbürste . . . 18, 38 " 1 Wädelbürste . . . 25, 38 " 1 Glanzbürste . . . 20, 45 " 1 Teppichseger . . . 32, 50 " 1 Ephebürste . . . 35, 45 " 1 Fensterbürste . . . 15, 28 " 1 Kopfbürste . . . 25, 40 " 1 Kofettbügel . . . 20, 35 " 1 Schrubber . . . 18, 28 " 1 Teppichklopper . . . 35, 45 " 1 Schraubbürste . . . 10, 15 " 1 Straußenseger-Wedel 60 " 3 Bognerbügel . . . 40 " Schenkerthaler-Messe geäußert 2 Stück zusammen 25, 40, 45 Pf. 4372 Bohnermaschine — Tischsäure — Rührmaschinen — Wascheisener Klammern — Schwämme — Seifen — Spiegel — billigst. London & Co., Oberstraße 5, 2. Viertel vom Ring.